

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4590. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13603. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon 4598**

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonellzeile oder deren Raum 1.00 M., bei Platzvorkauf 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonellzeile 7.50 M. — **Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721**
Schluß der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeldhändler und alle Postanstalten entgegen.

Massenprotest gegen die Vergewaltigung Groß-Berlins.

Berlin, 10. Oktober. Der Bezirksverband Berlin-Brandenburg der USPD, veranstaltete heute in 15 Lokalen Groß-Berlins Massenprotestversammlungen mit der gemeinsamen Tagesordnung: „Die Reaktion im preussischen Landtag und das neue Groß-Berlin.“ Es sprachen u. a. Paul Hoffmann, Dr. Wegl, Richter, Zimmermann und Hasselbarth. Man forderte, daß sowohl die Wahl der besetzten Stadträte wie auch die Wahl Dr. Löwensteins durchgesetzt werde. In den mehr oder minder heftigen Debatten wurde den Parteiführern vorgeworfen, daß vor allen Dingen sie nicht auf dem Posten gewesen seien. Sie hätten ihre Aufmerksamkeit mehr den Vorgängen im Roten Hause als der 3. Internationale widmen sollen. Unruhen und Umzüge auf den Straßen haben nirgends stattgefunden.

Demnach scheint die Erkenntnis zu wachsen, daß für die USPD auch in Deutschland noch Aufgaben existieren, die für die Arbeiterschaft von größter Bedeutung sind.

Berlin laßt ohne Zeitungen.

Berlin, 11. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Berlin wäre heute ohne jede Zeitung, wenn nicht die Rote Fahne in einer besonderen Montagsausgabe erschienen wäre. Die bürgerlichen Blätter erscheinen noch immer infolge des fortgesetzten Zeitungsstreiks. Die beiden sozialistischen Blätter Vorwärts und Freiheit erscheinen betamlich Montags erst in einer Abendausgabe. Allein die Rote Fahne hat es sich nicht nehmen lassen, in einer besonderen Montag-Morgenausgabe ihr sonstiges sechsmaliges wöchentliches Erscheinen um ein 7. Mal zu vermehren. Sie bringt einen großen Leitartikel über die großen Verlagsanstalten Mosse, Ullstein und Scherl.

Die Aussperrung im Berliner Zeitungsgewerbe.

In einer Versammlung der Obmänner der Buchdrucker wurde mitgeteilt, daß von der Aussperrung im Berliner Zeitungsgewerbe bis jetzt etwa 18000 Personen, darunter 13000 technische und 3000 kaufmännische Angestellte, betroffen werden.

Die kaukasischen Gewerkschaften gegen Wrangel.

Berlin, 11. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Aus Moskau läßt die Rote Fahne sich über Christiania melden: Die kaukasischen Arbeiter haben sich aufopfernd der Roten Armee zur Verfügung gestellt, als die Wrangelschen Landungen die transkaspische Küste bedrohten. Sie haben sofort die Gefahr erfaßt, die ein Wrangelscher Vormarsch für den Kaukasus mit sich bringen würde. Die Stadt Zefaterinodar allein hat über 8000 Freiwillige gesammelt. Alle andern Städte haben auch fast alle Erwartungen der Mobilisierungszentrale übertroffen. Als der kaukasische Bauarbeiterkongreß die Meldung von der Landung der weißen Truppen erhielt, beschloß er, die gesamte Bauarbeitergewerkschaft der Roten Armee zur Verfügung zu stellen, was innerhalb von sechs Tagen durchgeführt wurde. Dasselbe haben die Metall- und Textilarbeiter beschlossen. Die Mobilisierung in Tuapse und Sotschi wurde sofort nach Eintreffen der Alarmmeldung begonnen und in drei Tagen länderlos beendet. Die Gewerkschaften haben ihre sämtlichen Mitglieder ohne Rücksicht auf Alter und Familienverhältnisse mobilisiert. Fälle von Nichtunterordnung unter die gewerkschaftliche Disziplin kamen nicht vor. Die Sowjetangestellten nahmen ohne Unterschied der Partei an der Bildung der freiwilligen Formationen lebhaften Anteil. Die ersten Arbeitertruppen verlassen die erwähnten Städte 1 1/2 bis 2 Stunden nach dem Alarm in tadelloser Ordnung und gut ausgerüstet. Bezeichnend ist, daß die offizielle Mobilisierung von der freiwilligen überholt ist.

Lebensmittel für Polen.

Berlin, 11. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) In Paris ist der polnische Regierungsvertreter Skwinski angekommen, um über Lebensmittellieferungen für Polen zu verhandeln. Nach seinen Ausführungen kann Polen nur auf die Hilfe Amerikas rechnen, die aber den Bedarf Polens an Lebensmitteln nicht decken wird. Nach den ausdrücklichen Erklärungen des Ministers wird dieser Winter in Polen in bezug auf die Ernährung ein besonders schwerer sein.

Streik wegen eines Bruches des römischen Abkommens.

Mailand, 9. Oktober. Infolge Bruches des römischen Abkommens brach in den Elektrizitätswerken plötzlich ein Ausstand aus. Die Arbeiter besetzten die Werke. Zugverkehr, Beleuchtung und Wasserlieferung sind unterbrochen.

Mailand, 9. Oktober. Nachdem zwischen den Arbeitern und der Elektrizitätsgesellschaft gestern Abend eine Einigung zustande gekommen ist, erhielt die Stadt wieder Strom; die Straßenbahnen verkehren wieder.

Der grundsätzliche Gegensatz. Zum Parteitag in Halle.

Nichts kennzeichnet mehr die kritische Lage, in der sich die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands befindet, als die Tatsache, daß an die Stelle des gewöhnlichen Begrüßungsartikels der sonst dem Parteitag gewidmet wurde, und der die übliche und berechtigte Feststellung enthielt, daß die Partei trotz aller Meinungsverschiedenheiten im wesentlichen einig sei und auf dem Parteitag sich erneut Klärung und Stärkung ihrer Einheit erarbeiten werde, daß an die Stelle dieser freudigen Begrüßung diesmal eine Betrachtung über den grundsätzlichen Unterschied zwischen den Anhängern und den Gegnern der Moskauer Bedingungen treten muß. So schmerzhaft das ist, es wäre Unehrlichkeit und es hieße der Partei schlecht dienen, wenn man den wahren Sachverhalt unter vertuschenden Redensarten verbergen wollte. Die Gegensätze sind so scharf geworden, daß Klarheit und reinliche Entscheidung jedes einzelnen Genossen das dringendste Gebot ist.

Ueber die Tagesordnung des Halle'schen Parteiparlements brauchen wir uns nicht weiter zu verbreiten. Außer dem Bericht des Zentralkomitees enthält sie ja nur den einen Punkt, um den alles Interesse der Parteilmitglieder seit Monaten kreist, die Stellung zu den Anknüpfbedingungen der kommunistischen Internationale. Ueber dieses Thema haben wir vorerst nichts Neues mehr zu sagen. Auch auf dem Parteitag wird diese entscheidende Frage kaum noch in neue Beleuchtung gerückt werden. Auch dann jedenfalls nicht, wenn die beiden Delegierten des Exekutivkomitees von Moskau, Sinowjew und Bucharin, an den Verhandlungen in Halle teilnehmen. Sie werden uns über den Sinn der Bedingungen keine neuen Offenbarungen geben können. Die Rigaer Telegramme, die beiden Kundgebungen Lenins und des Exekutivkomitees haben das Letzte getan, was zur Aufhellung für zweifelhaft Gemüter noch möglich war. Sie haben unterstrichen, was der klare Wortlaut der Bedingungen und der andere Beschluß des Moskauer Kongresses für alle, die sehen wollten, schon unambigüös ergeben hatte, daß es auf die Spaltung, auf die Verneinung der Unabhängigen Sozialdemokratie abgesehen ist, deren Mitglieder die dünnen Reihen der kommunistischen Sekte in Deutschland füllen und sie zur Massenpartei machen sollen. In diesem Talbestand wird durch keinerlei Auslegung irgendetwas verdunkelt werden können.

Die sogenannte Linke unserer Partei will dieses Ziel. Als sie den Entschluß faßte, sich für die Moskauer Bedingungen einzusetzen, über deren schwerwiegenden Charakter sie völlig im Klaren ist, die sie ohne weiteres als bedenkliche Erschwerung für die Durchsetzung des Anschlusses an die kommunistische Internationale innerhalb der Partei erkennen mußte, da tat sie es, weil sie hoffte, auf diese Weise die sogenannten rechten Führer aus der Partei hinauszudrängen und die Masse der Mitglieder völlig ins kommunistische Lager führen zu können. Sie hat ihre Kraft überschätzt — die Urabstimmung zeigt, daß die sogenannte Reinigung von den sogenannten Opportunisten, von den angeblichen Saboteuren unseres Aktionsprogramms nur um den Preis der Zerstückelung der Partei zu haben ist. Manchen dieser um Däumling und Stöcker mag diese Erkenntnis mit Entsetzen erfüllen und er mag vor der großen Verantwortung, vor der schweren Schuld, die er durch die Förderung der Spaltung auf sich lädt, jetzt zurückschrecken. Aber wir fürchten, daß nur wenige den moralischen Mut finden werden, ihren schweren Irrtum zu bekennen und entschlossen die Bande zu zerreißen, die sie an den kommunistischen Karren fesseln. Die unheilvolle Entwicklung ist schon gefährlich weit gediehen. Der Moskauer Nationalismus, der Zerglause, daß der Anschluß an die kommunistische Internationale alle Schäden aufwiegen werde, die die Spaltung der revolutionären Arbeiterpartei Deutschlands der Sache der Revolution bereiten muß, hat schon viele Köpfe umnebelt. Deshalb wird auf dem Parteitag auch an einen eigentlichen Kampf der Geister nicht mehr zu denken sein, zumal die Urwahl die Delegierten schon für oder wider die Anknüpfbedingungen festgelegt hat. Es wird sich nur noch um die Motivierung der Haltung vor der Öffentlichkeit handeln. Wir fürchten deshalb, daß auch die gutgemeinten Vermittlungsversuche jener Genossen, deren Ruf wir in der Mittwochsnummer abgedruckt haben, für die Entscheidung zu spät kommen. Die brutalen Vergewaltigungsversuche, die in Württemberg, in Gelsenkirchen, in Bochum, in verschiedenen Berliner Distrikten von den Däumliganern unternommen worden sind — im Schwabenlande hat man der Minderheit die Verhältnismäßig der Parteitagdelegierten offen verweigert, in Bochum hat man dasselbe auf einem perfiden Umwege erreicht — zeigen, daß die Spaltungsanaitiker von einer Verständigung nichts wissen wollen. Wir bedauern das im Interesse der Arbeiterschaft, im Interesse der Revolution, aber wir klagen nicht darüber. Wir

werden uns mit den harten Tatsachen abzufinden wissen. Bereit zu jeder vernünftigen Einigung, die die Grundzüge der Partei unangetastet läßt, bereit zu jeder Aktion, die zum internationalen Zusammenschluß der revolutionären Proletarier aller Länder führen kann, sofern das Wesen der Partei dabei unverfehrt bleibt, geht die angebliche Rechte nach Halle. Sie ist bereit, die Konsequenzen ihrer Handlungen in jeder Hinsicht zu tragen. Aber mit derselben Entschiedenheit werden wir uns erwehren müssen gegen jeden bloßen Verkleinerungsversuch, der die notwendige Klarheit hintenan hält, gegen windige Auslegungskünste, die durch Verkleinerung des wahren Charakters der Bedingungen auf Umwegen Moskau den Weg zu bereiten unternehmen.

Noch wissen wir nicht, wo die Mehrheit des Parteitages sein wird. Wir haben gekämpft, um sie zu erringen. Aber wir haben nicht allein um die Mehrheit gekämpft, sondern wir haben unsere Sache verfochten mit dem festen Entschluß, zu ihr zu stehen, einerlei wie der Ausgang sein wird. Denn wir sind nicht der Ansicht, daß die Partei, weil sie eine Partei der arbeitenden Massen ist und immer mehr werden soll, deshalb allen Stimmungen der Mehrheit der Massen unbefehren nachgeben müsse. Wir wollen das große Mittelzeug, das uns Karl Marx und Engels überliefert haben, den wissenschaftlichen Sozialismus, nicht ungenützt im Winkel verstauben lassen. Wir wollen es brauchen und die Voraussetzung, die es uns vermittelt, die Einsicht, die es uns in die kommende Entwicklung gibt, nützen für die Arbeiterschaft, für ihren Befreiungskampf. Wissenschaftlicher Sozialismus, Marxismus ist die Wissenschaft von den Bewegungsgesetzen der kapitalistischen Gesellschaft, und wer den Anspruch erhebt, auf dem Boden dieser Wissenschaft zu stehen, der ist verpflichtet, die Erkenntnis, die sie ihm eröffnet, zu vertreten, auch wenn er einmal unverständlich und in der Minderheit bleibt. Um so mehr, wenn er überzeugt sein muß, daß die Außerachtlassung dieser Fingerzeige, die die wissenschaftliche Untersuchung der politischen, sozialen und ökonomischen Tatsachen gibt, zum schweren Schaden der Arbeiterbewegung ausschlagen muß.

In einem Aufruf, den die sogenannte Linke des Zentralkomitees in einiger Mäßigkeit ihrer Richtung erlassen hat, steht der folgende Satz:

Der grundsätzliche Gegensatz ist: Die rechten Führer wollen jede revolutionäre Aktion in Deutschland von der Gestaltung der revolutionären Situation in den westlichen Ländern abhängig machen. Sie wollen die Weltrevolution nicht vorantreiben, sondern warten, bis die Weltrevolution den deutschen Arbeitern hilft, d. h. sie wollen die Hände in den Schoß legen und nichts tun.

Hier ist der grundsätzliche Gegensatz zwischen den Kommunisten in unserer Partei und der Unabhängigen Sozialisten allerdings richtig herausgearbeitet, wenn auch die Form, in der er dargelegt wird, falsch ist. Die U. S. P.-Kommunisten sind im tiefsten Grunde Anhänger der Putschtaktik, in die ja auch die offiziellen deutschen Kommunisten trotz aller programmatische Gegenklärungen immer wieder verfallen. Sie wollen die Revolution vorantreiben, wie sie sich ausdrücken, d. h. sie stellen nach blanquistischem Rezept den Willen der Revolutionäre als allein oder doch vornehmlich entscheidendes Moment in ihrer Rechnung ein. Wir Unabhängigen Sozialdemokraten wollen die Erkenntnis, die Marx seinerzeit in seinem Kampfe gegen die Blanquisten dem Proletariat erarbeitet hat, nicht verächtlich lassen. Wir wissen den revolutionären Willen zu schätzen, aber wir wissen auch, daß er ohne die entsprechenden wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse nicht wirken kann. Was die U. S. P.-Kommunisten „die Hände in den Schoß legen“ und „nichts tun“ nennen, das ist nichts weiter, als die vernünftige Taktik, die ausgeht von der nüchternen Abwägung der Kräfteverhältnisse, um dem Proletariat unnütze blutige Opfer und verderbliche Schwächen vor dem wirklich entscheidenden Moment zu ersparen.

Den Verfassern des Aufrufes gebührt Dank dafür, daß sie diesen grundsätzlichen Gegensatz klar bekannt haben. Die Stelle zeigt, daß der Kampf nicht bloß um die Moskauer Bedingungen geht. Es geht um die Frage, ob kommunistische Taktik, die im letzten immer Putschtaktik ist, für die Unabhängigen Sozialdemokraten gelten soll, oder die Taktik, die gegründet ist auf die klare Erwägung der jeweiligen Kräfteverhältnisse, die entschlossen zur Anwendung aller gegebenen Mittel im gegebenen Zeitpunkt, schwächende und zersplitternde Abenteuer entschieden ablehnt.

Weil wir die Putschtaktik und das Unheil, das sie über die Arbeiterschaft bringen müßte, ablehnen, deshalb kämpfen wir gegen die Moskauer Bedingungen. Die Partei, Wesen und Namen, würden wir bedenkenlos opfern, wenn es nötig wäre um der Sache

Der Arbeiterkraft, um des Sieges der Revolution willen. Aber gerade weil wir wissen, daß diese Ziele die Erhaltung der unerschütterlichen Sozialdemokratie als des Sammelbeckens der revolutionären Arbeiterkraft Deutschlands fordern, deshalb gehen wir mit dem festen Willen nach Halle:

Die Unabhängige Sozialdemokratie muß bestehen bleiben, so es, was es wolle!

Die Programmrevision der Revisionsisten.

Dr. Alfred Braunthal, Berlin.

Fast zu gleicher Zeit hatten in diesem Jahre Rechtssozialisten und Unabhängige ihren Parteitag ab. Beide Tagungen sollen von großer Wichtigkeit werden. In welchem Sinne der unsrige, darüber sind unsere Parteigenossen durch die ihm vorausgehenden Kämpfe genügend unterrichtet. Der rechtssozialistische Parteitag zu Kassel hingegen soll eine theoretische Klärung und Fundierung der Grundlagen und Ziele der Partei bringen. Die rechtssozialistische Partei führt bereits — zwei Jahre nach Beginn der Revolution und sechs Jahre nach Ausbruch des Krieges, der ihre Stellung zu den Mächten der kapitalistischen Gesellschaftsordnung völlig veränderte — das dringende Bedürfnis, das Erfurter Programm zu revidieren.

Wir können es nur begrüßen, daß die Rechtssozialisten einmal klar und deutlich vor aller Welt ihr Ziel und ihren Weg bekanntgeben wollen, und gerade heute wird diese Klarstellung nützlich sein, wo unsere Partei unmittelbar vor der Gefahr der Spaltung steht, ja sich aufspaltend in diesem qualvollen Prozeß bereits befindet. Denn eine Spaltung in einen rechten und einen linken Teil birgt stets noch eine andre Gefahr in sich, die es in aller Öffentlichkeit mutig auszusprechen gilt: die Gefahr, daß durch die Abspaltung des linken Flügels der rechte zu weit nach rechts gedrängt wird, in unserm Falle: daß die Kraft, die sich zwischen den beiden Flügeln aufstaut, vergessen läßt, daß zwischen uns und den Rechtssozialisten eine noch viel tiefere und, wie die Dinge heute stehen, unüberbrückbare Kluft besteht. Es ist gut, daß die Rechtssozialisten gerade in dieser Situation uns durch die Revision des Parteiprogramms klar vor Augen führen, welche Kluft uns von ihnen trennt.

Die rechtssozialistische Partei hat bereits vor Beginn ihres Parteitages ihre angesehensten Theoretiker um Vorschläge zur Erneuerung des Parteiprogramms ersucht, und diese Vorschläge liegen nun gedruckt vor. Im wesentlichen sagen sie nichts Neues, sie sind nichts anderes als der ideologische Niederschlag der bisherigen Praxis der Partei. Und doch, wenn man die traурigen und kläglichen Daseinsäußerungen dieser an Zahl so mächtigen Partei in einem solchen Extrakt zusammengefaßt sieht, so wird man förmlich überwältigt durch diese Debe und Unfruchtbarkeit, durch diesen völligen Mangel an revolutionärer Energie und Verständnis für den revolutionären Kampf des Proletariats.

Die rechtssozialistische Partei hat in der Praxis ihren revolutionären Charakter schon lange verloren, sie hat den Standpunkt des Klassenkampfes, der die feste, unerschütterliche Grundlage des marxistischen Gedankens bildet, schon lange aufgegeben. Nun wird ihr neuer Charakter, oder besser ihre Charakterlosigkeit auch theoretisch offenbar, der Marxismus fernerlich eingelagert. Die Partei erhebt auch theoretisch nicht mehr den Anspruch, die Partei einer Klasse zu sein, die kraft ihrer zwiespältigen Stellung im Produktionsprozeß — einerseits Träger der Produktion, andererseits machtloses und rechtloses Ausbeutungsobjekt in der Sphäre der Produktion — berufen und befähigt ist, durch revolutionären Kampf die Gesellschaftsordnung umzuwälzen. Sie hat den beiden Grundelementen des Marxismus, dem Klassencharakter und dem Kampf, entlagert. Am deutlichsten und aufschlußreichsten wird das von Heinrich Baentig und Wiffel ausgesprochen. Baentig beginnt sein Gutachten mit den Worten: „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands... ist, vielleicht halb ohne es zu wollen, aus einer oppositionellen Klassenpartei zu einer aufbauenden Volkspartei geworden.“

Es gilt, sich diesen Satz gut einzuprägen, um sich stets dessen bewußt zu bleiben, daß uns von dem Geist, der aus ihm spricht, eine Welt trennt. Die rechtssozialistische Partei ist zu einer aufbauenden Volkspartei geworden. Was sie aufbauen will, ist klar: die zusammengebrochene Wirtschaft. Und wie sie sie aufbauen will, ist noch klarer, sie hat es seit Beginn der Revolution laut genug in die Welt geschrien: auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaft. Und warum? Wie kann sich eine Partei, die sich doch noch immer sozialistisch nennt, dazu hergeben, an einem kapitalistischen Aufbau der Wirtschaft teilzunehmen? Hören wir Wiffel, der so etwas wie eine historische-materialistische Erklärung für diesen Gefinnungswandel gibt: „Das deutsche Proletariat war und ist nicht in der Lage, allein die Wirtschaft aufzubauen. Ebenso aber war und ist die Bourgeoisie nicht mehr in der Lage, ohne die freiwillige Mitarbeit des Proletariats die neue Wirtschaftsordnung herzustellen... Der Krieg hat den sachlichen Reservefonds der kapitalistischen Akkumulation in solcher Maße aufgebraucht, daß auch für die Bourgeoisie die lebendige Arbeitskraft des Proletariats heute die einzige Quelle ist, aus der sie ihre Substanzmittel sich beschaffen kann... So ist das Zusammenarbeiten zwischen Bourgeoisie und Proletariat — man kann es eine Arbeitsgemeinschaft nennen — nur das Symbol des Zustandes, den die politisch-ökonomische Entwicklung im Augenblick erreicht hat.“

Mit andern Worten: Weil die lebendige Arbeitskraft des Proletariats heute eine größere Rolle im Produktionsprozeß spielt als je, weil die Bourgeoisie auf sie angewiesen ist als auf ihren einzigen Willen Brot, darum hat das Proletariat mehr und freudiger als je seine Arbeitskraft in den Dienst des Kapitals zu stellen — das ist die rechtssozialistische Logik. Die marxistische Logik sieht anders, ihre Argumentation ist: Je größer die Rolle der Arbeitskraft im Produktionsprozeß, d. h. je ausgedehnter die Arbeitskraft, je größer ihr Mehrwertbeitrag an das Kapital, desto schärfer der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, und je wichtiger andererseits der Arbeitsfaktor im Produktionsprozeß, desto ungeklärter das Drängen der Arbeiterklasse nach Beherrschung der Produktion. Das sind die Tendenzen, die der Marxist aus dem heutigen Zustande der Wirtschaft herausliest, und sie werden durch die Tatsachen vollumfänglich bestätigt. Waschen der Ausbeutung, Waschen des Klassenkampfes. Darüber kann auch die reformistische Politik eines Teils der Arbeiterklasse nicht hinwegtäuschen, daß die Ausbeutung ungeheuerliche Dimensionen angenommen hat und daß der Klassenkampf mit einer Schärfe und Erbitterung geföhrt wird wie nie zuvor — für uns nur ein Zeichen dafür, daß er in das entscheidende Stadium eingetreten ist.

Dennoch gibt es angesichts dieser Tatsachen, angesichts dieser grandiosen Bestätigung der nationalökonomischen Theorien von Marx heute noch Leute — sie schimpfen sich gar noch Sozialisten —, die die Stille haben, die Kräfte und Verleumdungstheorie für falsch zu erklären: so Richard W o l d t in seinem Gutachten. Natürlich, weist man dieser Sorte von Nationalökonomien gegenüber auf die gewaltige Krise hin, in der sich heute die ganze Weltwirtschaft befindet — es ist eine echte Krise mit allen Merkmalen der kapitalistischen Wirtschaftskrise: Überproduktion und Absatzstagnation bei dem schreiendsten Mangel an Gütern auf der andern Seite —, weist man auf die furchtbare Verleumdung der Arbeiterklasse in allen Ländern, auch den angeblich Reichsten, hin, dann machen sich diese Leute die Antwort leicht: das seien anormale, Kriegsercheinungen. Dabei übersehen sie oder haben es gar nicht erfährt, daß der Krieg in der kapitalistischen Wirtschaft gar keine anormale Erscheinung ist, sondern eine der kapitalistischen Wirtschaftsweise als solcher anhaftende, zwangsläufig aus ihr folgende.

So sehen die theoretischen Grundlagen aus, auf Grund deren nun gleich wertvolle Schlüsse auf den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung und die Stellung der Arbeiterklasse in ihm gezogen werden. Es ist das alte revisionistische Thema in verschiedenen Variationen: die Theorie des allmählichen Hineinwachsenden in den Sozialismus, aber auch das nicht auf dem Wege des Kampfes mit

der Bourgeoisie, während dessen ihr Stück für Stück ihrer Herrschaftstellung entzogen wird, sondern durch ein inniges Zusammenarbeiten mit ihr, das Reformen zeitigen würde, die den Kapitalismus allmählich und automatisch absterben ließen. Daß der Aufbau der Wirtschaft ein Umbau werden müsse, erkennen auch die Rechtssozialisten an, aber er müsse in Arbeitsgemeinschaft, „paritätisch“ mit der Bourgeoisie vorgenommen werden. Zu diesem Zweck werden von den einzelnen Gutachtern vorsozialistische Zwischenstadien konstruiert, die alle mehr oder weniger dem berühmten Kriege „sozialismus“ verdammt ähnlich sehen. So wartet Wiffel wieder mit seinem alten Plan der Planwirtschaft auf, worunter er eine „von den Triebkräften des Kapitalismus in Gang gehaltene, aber nicht blind abrollende, sondern in ihrem Ablauf beherrschte und geregelte Wirtschaft“ versteht. Es kann, gerade jetzt im Hinblick auf die Differenzen in den beiden Vorschlägen der Sozialisierungskommission, nicht oft genug darauf hingewiesen werden, daß der Gedanke, man könne den Unternehmer voll und ganz in seinen Funktionen belassen, ihm aber durch eine Regelung der Produktion und der Preise im nachhinein die Profitquelle verstopfen, von vornherein zum Scheitern verurteilt ist. Dieser verkehrte Grundgedanke der Wiffelschen Planwirtschaft findet auch in dem von Wiffel mitunterzeichneten Vorschlag II der Sozialisierungskommission Ausdruck und muß von uns energig bekämpft werden. Regelung der Produktion kann nur mit Ausschaltung des Unternehmers in dieser seiner Funktion Sinn und Erfolg haben.

Aber selbst wenn man schon zu dieser Einsicht gekommen ist, wie Robert Schmidt, der die gemeinwirtschaftlichen Pläne im Sinne Wiffels und anderer im Prinzip ablehnt, selbst wenn man die Regelung der Produktion mit Ausschaltung des Unternehmers anstrebt, selbst dann ist zum Sozialismus im wahren Sinne des Wortes noch ein weiterer Schritt, den zu betreten kein Rechtssozialist den Mut oder das revolutionäre Verständnis hat. Das ist der Punkt, an dem der Gegensatz zwischen der rechtssozialistischen und unserer Anschauung am grössten und am schwersten zu überbrücken ist. Regelung der Wirtschaft, Vergesellschaftung der Produktion — das bleibt ein schattenhafter Schemen, ein leeres Phantom, solange es nicht besetzt wird, einen lebendigen Inhalt erhält durch die lebendige Mitwirkung der Produzierenden, der Arbeiter. Sie sind es, die die Produktion ermöglichen, sie werden es sein müssen, die die Produktion tragen, beherrschen und regeln. Die „Gesellschaft“ ist ein Abstraktum, konkret, lebendig und schaffensfähig sind die Arbeiter im Produktionsprozeß, die Arbeiter „im Betrieb“. Sie dürfen über der Gesellschaft nicht vergessen werden, sie werden die Produktion zu beherrschen haben, nicht bloß als Substrat der Gesellschaft und auf dem Umweg über sie, sondern auch unmittelbar als Träger der Produktion, in ihrer Arbeit, im Betrieb. Mit andern Worten: die Regelung der Produktion kann nicht bloß von oben herab diktiert, von außen in die Produktion hineingetragen werden, sondern sie muß auch von innen her erfolgen, die Arbeiter selbst in ihrer Funktion als Arbeiter, nicht bloß als Mitglieder der Gesellschaft, müssen sie durchführen.

Das ist der Sinn des Rätegedankens, dem die Rechtssozialisten vollkommen verständnislos gegenüberstehen. Dafür sind auch die Vorschläge zur Erneuerung des Programms ein neuerlicher Beweis. Es handelt sich hier nicht um die Frage: Demokratie oder Räteherrschaft. Ueber ihre Stellung zu dieser Frage haben die Rechtssozialisten ja niemals irgendwelche Zweifel obwalten lassen, es wird auch in den Erneuerungsvorschlägen oft und laut genug das „Bekenntnis zur Demokratie“ abgelegt, ungefähr in dem Ton wie das Bekenntnis zu irgendeinem Kirchendogma. Aber erschreckend und bezeichnend ist ihre Gleichgültigkeit und Verständnislosigkeit, mit der sie den Arbeiterräten als Faktoren im Produktionsprozeß gegenüberstehen. Das bezeugt die allseits geäußerte Zufriedenheit mit dem Betriebsrätegesetz. Kein Gedanke daran, keine Andeutung darüber, daß den Betriebsräten doch eine ganz, ganz andre Funktion zuzufallen hat als die im Betriebsrätegesetz festgelegte. Und ebenso wird in keinem der Sozialisierungsprojekte ernsthaft an eine entscheidende oder auch nur mitentscheidende Mitwirkung der Betriebsräte, der Arbeiter im Betrieb, gedacht. Unter den Betriebsräten stellen sie sich eben noch immer nichts anderes vor als einen modernisierten Rahmen für die alten Betriebsauschüsse.

Das sind die „großen Linien“, denen alle Erneuerungsvorschläge folgen. Von den kleineren, den mannigfachen Reformen und Reformchen, die vorgeschlagen werden, soll hier nicht gesprochen werden. Mit diesen werden wir uns mehr oder weniger einverstanden erklären können, viele stimmen auch mit den in unserem Aktionsprogramm niedergelegten Forderungen überein. Aber das geistige Band, von dem sie zusammengehalten werden und auf das es doch hauptsächlich ankommt, hat eine andre Farbe. Sie ist verworren, zerkümmert, und doch gibt es eine Rettung, es gibt noch eine Kraft, auf die wir rechnen dürfen: das ist die Kraft der Arbeiter selbst, die heute noch auf die Worte ihrer rechtssozialistischen Führer schwören, aber doch schon ganz andre Taten zu sehen, doch schon die Wirtschaft und ihre Rolle in der Wirtschaft mit ganz andern Augen anzusehen beginnen. Während die Führer von Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie sprechen, werden ihre Arbeiter durch die Macht der Tatsachen zum Klassenkampf gedrängt, werden sie Schritt für Schritt dazu gedrängt, die Kontrolle und weiterhin die Herrschaft über die Produktion anzustreben. Nicht auf die Stimmen der rechtssozialistischen Führer, auf die ihrer Arbeiter müssen wir hören, dann kann uns auch Kassel in der Zuversicht auf den Sieg der Revolution nicht erschüttern.

Keine Partei — eine Sekte!

Der „Durchschnitts-Kommunist“.

O. E. Moskau, 9. Oktober.

In einem Artikel: Der Durchschnittskommunist, dessen Inhalt ausdrücklich als persönliche Meinung bezeichnet wird, schildert in der Moskauer Prambda der Sekretär des Zentralkomitees der Russischen Kommunistischen Partei, P r o b o r s c h e n s k i, aus Anlaß der Parteikonferenz die Zustände in der Partei.

Die Einigkeit und die kameradschaftlichen Bande von 1917 und 1918 sind in der Partei nicht mehr zu finden. Die Parteidisziplin ist zwar gewachsen, aber sie beruht mehr auf äußerem Zwang. Das Partieleben erstirbt gerade in den breiten Massen der Parteigenossen. Früher wußte der Durchschnittskommunist doch auch er an der Bildung des Parteilwillens mitwirkte; jetzt hat er nur die Befehle des Parteikomitees auszuführen. Der Grund für eine derartige Zentralfiktion liegt zwar in dem Tobestampfen, den die Sowjetrepublik zu führen hat, allein man hat dabei das notwendige und zulässige Maß doch überschritten. Die Parteiarbeit ist mit Bürokratismus durchtränkt, und diesem Uebel kann nicht von heute auf morgen abgeholfen werden, da es auf den Mangel von Kräften zur Bewältigung der ungeheuren Parteiarbeit zurückzuführen ist. Der Durchschnittskommunist steht den leitenden Parteimitgliedern auch feindselig fern. Das kommt daher, daß die leitenden Parteimitglieder wenig Interesse für die Schaltung der Parteilassen an den Tag legen, aber auch der Unterschied in den Lebensbedingungen der beiden Gruppen, dem man zuerst wenig Bedeutung beimäht, trägt sehr dazu bei und bringt mit der Zeit auch einen Unterschied in der geistigen Verfassung mit sich.

Was die Massen am meisten der Partei entfremdet, ist, daß die Partei von streberischen und gewinnlüchtigen Elementen durchsetzt wird, die ihr innerlich fernstehen. Wegen Mangels an Arbeitskräften mußte man sich mit derartigen Persönlichkeiten abfinden, aber wenn man nun zwischen ihnen und den Arbeitern zu wählen

hat, so sind uns die Arbeiter lieber. Aber selbst bei einer, allmählicher Weise dieser geringen Anzahl alter Kommunisten ist der proletarische Geist im Schwinden begriffen. Wenn man bei seiner Tagesarbeit und in seinem Privatleben nicht mehr mit den Arbeitern, sondern nur mit dem Bürgertum und den bürgerlichen Intellektuellen verkehrt, so darf man, wenn man Marxist bleiben will, nicht bestreiten, daß dies auf die Dauer seine Folgen haben muß. Die leitenden Parteimitglieder müssen einmal im Jahr für einen bis anderthalb Monate der Handarbeit als gemeine Arbeiter zugesöhrt oder im Falle von körperlicher Schwäche mindestens in die Provinz geschickt werden.

Die Parteikonferenz muß sich des Wiederaufbaus der Partei annnehmen. Die geschätzten Zustände haben dazu geführt, daß zahlreiche Arbeiter, die sich während der großen Arbeitswoche bereits zum Beitritt gemeldet hatten, schließlich der allgemeinen Parteiregistrierung doch ferngeblieben sind.

Wenn irgendetwas geeignet sein dürfte, den deutschen Arbeitern die Augen zu öffnen über die Unmöglichkeit, die Methode der Volksherrschaft in Deutschland anzuwenden, so dürfte es dieser Artikel des Sekretärs vom Zentralkomitee der Russischen Kommunistischen Partei sein. Das ist keine Partei mehr, das ist eine Sekte, von der sich die Massen abwenden. Eine glänzendere Rechtfertigung für unsere Haltung als diese konnte schwerlich gegeben werden. Wer das mittel- und westeuropäische Proletariat vor der totalen geistigen Verfassung und damit vor der Unfähigkeit, seine geschichtliche Aufgabe zu erfüllen, bewahren will, der muß die Moskauer Bedingungen ablehnen, die eine Zerkümmertung der Arbeiterklasse und damit den Niederbruch der proletarischen Revolution bedeuten.

Die Rote Fahne auf Halbmaß.

Berlin, 11. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. W.)

Der Beschluß der Generalkonferenz, der Geschäftsleitung, der Verlagsanstalt und der Pressekommision der Freiheit, die Kündigungsbedingung der Redaktion abzuhnen, kommentiert die Rote Fahne darin, daß Hilferding rummehr der Triumphtor sei. Die Rote Fahne erhebt gegen die „Linke“ den Vorwurf, daß sie ihm den Sieg nicht schwer gemacht habe. Ein „Bremskloß wie Hilferding kann nicht durch Geschäftsordnungsdebatten und Erklärungen besetzt werden, er kann nur politisch unmöglich gemacht werden durch rücksichtslose Aufhebung seiner konterrevolutionären Politik. Daran hat es die Berliner Linke bisher fehlen lassen, und daher wird auch Hilferding in der Freiheit der Sieger bleiben, auch wenn die Linke in Halle die Mehrheit hat.“

Das klingt etwas sehr elegisch und steht einigermaßen im Gegensatz zu den sonst gebräuchlichen Redewendungen, die an Siegesgewißheit nichts zu wünschen übrig lassen.

Zwei Bestätigungen.

Die Genossen D ä u m i g und S t o e k e r verlesen an die Presse eine Resolution, die sie dem Parteitag in Halle vorlegen wollen. Darin ist der Satz enthalten:

„Im Interesse der notwendigen Geschlossenheit und Aktionsfähigkeit der Internationale stellt der Parteitag ausdrücklich fest, daß die Autonomie der Parteien im bisherigen Sinne in der neuen Internationale nicht mehr die Rede sein kann.“

Diese klipp und klare Formulierung ist sehr erfreulich. Denn in der Diskussion über die Annahme der Moskauer Bedingungen wurde von den Befürwortern betritten, daß die Moskauer Bedingungen, die diese Forderung ultimativ enthalten, „so scharf“ auszuliegen seien.

Gegenüber den Hinweisen, daß es sich bei der Ausbreitung des Bolschewismus in allen Weltteilen nicht um die Ausbreitung sozialistischer oder kommunistischer Ideen handelt, belächelten die Kommunisten gegen die Festsätze offenkundiger, ökonomischer und politischer Tatsachen die bekannte „helle Empörung“. Nur Vertreter am Proletariat und an der Revolution könnten solche „konterrevolutionäre“ Behauptungen aufstellen. Jetzt aber besinnt ein Telegramm aus Moskau vom 7. Oktober über das Eintreffen von Delegierten der Völker des Orients, über das Eintreffen von 40 Korrespondenten aus der Türkei, Indien, China, Persien, Turkestan, Ostindien, Buhara und aus dem Kaukasus, deren Sendung auf dem Kongress in Baku beschlossen worden war.“

Bezeichnend für den Geist des Kongresses war es, daß die Delegierten, die zum Teil nicht Kommunisten, sondern nationalistische revolutionäre waren, beschränkten, daß die Leitungen der revolutionären Bewegung der in der 3. Internationale organisierten Arbeiterklasse zugehören soll. Das genügt wohl.

Die Kündigung der Freiheit-Redaktion abgelehnt.

Die am Sonnabend, dem 9. Oktober, stattgefundenen kombinierte Sitzung des Vorstandes, des Aufsichtsrats nebst Betriebsrat der Verlagsgenossenschaft Freiheit und der Pressekommision lehnt die von der Pressekommision beantragte Kündigung sämtlicher Redakteure der Freiheit mit Ausnahme des Redakteurs Baron. Mit allen gegen eine Stimme wurde bei 25 Anwesenden nachstehende Entschlußfassung angenommen:

Die gemeinsame Sitzung des Vorstandes, des Aufsichtsrats nebst Betriebsrat der Verlagsgenossenschaft Freiheit und der Pressekommision lehnt die von der Pressekommision beantragte Kündigung der Redakteure der Freiheit ab.

Das Vorhaben des Vorstandes der Pressekommision, Schment, bedeutet eine unbenutzte Ueberrückung der Beschäftigten der Pressekommision selbst. Die Ausübung seines Verlangens hätte die schwerste Schädigung der Verlagsgenossenschaft Freiheit mit sich gebracht, da es das Nichterscheinen des Blattes zur Folge gehabt hätte.“

Tumult in einer kommunistischen Versammlung.

Hannover, 11. Oktober. (L. W.) Zu einer aufgeregten Auseinandersetzung kam es hier am Sonnabend abend in einer von der Kommunistenpartei einberufenen Versammlung in der Stadthalle, in der Dr. Paul B e u g lebhaft für eine Unterstüzung Sowjetrußlands sprach. Als dann ein Redner der R. W. D. den direkten Anschluß an Moskau forderte, wurde er niedergeschrien und schließlich sprachen drei Redner zu gleicher Zeit, darunter auch einer der U. S. V. Mündlich wurde das Licht im Saale ausgeblendet, was die Erregung noch steigerte. Der Leiter der Versammlung mußte mit seinem Hausrecht drohen, aber nichts half. Schließlich kam es noch zu Tätlichkeiten, worauf die Versammlung ohne jeden Beschluß auseinanderging.

Eröffnung des Parteitages der Rechtssozialisten.

Kassel, 10. Oktober. Der sozialdemokratische Parteitag ist heute unter Teilnahme von 500 Delegierten zusammengetreten. Nach einer Begrüßungsrede des Oberbürgermeisters S c h e i d e m a n n wurden zu Vorsitzenden des Parteitages die früheren Reichstagsabgeordneten Hermann Müller und S c h e i d e m a n n gewählt. Hermann Müller führte aus, was in Helldorfand gesundigt worden sei, müsse wieder gültig gemacht werden; aber wir mühten auch die Möglichkeiten dazu erhalten. Der Völkerverbund müsse zum

wahren Völkerverbund gemacht werden. Erfreulich sei, daß eng- lische und belgische Sozialisten die Hoffnung ausgesprochen hätten, auf dem nächsten Parteitag anzuwenden sein zu können. Für Holland werde Toesstra erscheinen. Mit tiefem Schmerze müßte man feststellen, daß die urdeutschen Danziger nicht mehr zu Deutsch- land gehörten. Hier seien Deutsche gegen ihren Willen von Deutschland losgerissen worden; hier gelte es Zukunftarbeit für einen wahren Völkerverbund. — Im Namen der dänischen So- zialdemokratie wies Stauning darauf hin, es gelte den Kampf gegen Kapitalismus und Militarismus. Die Abriistung müsse das Ziel der Arbeiterklassen aller Länder sein. — Esberg übermittelte die Grüße der schwedischen Sozialisten. — Zwei Vertreter der Sozialdemokraten Danzigs und des Saar- gebiets erklärten, sie würden trotz ihrer Losreißung von Deutsch- land, die nur vorübergehend sein dürfe, nicht aufhören, ferndeutsch zu denken und zu fühlen.

Protest gegen die geforderte Zerstörung der Diesel-Motoren.

Nach einem Bericht aus Berlin sind dort am Sonnabend Ver- treter der deutschen Industrie zusammengekommen, um bei der deutschen Regierung anzufragen, ob die Nachricht über die beab- sichtigte Zerstörung der Diesel-Motoren durch die Entente zutreffend sei und um der Regierung die ungeheuren Folgen solcher Maßnahme für die gesamte deutsche Wirtschaft darzustellen. Es ist ihnen mitgeteilt worden, daß in der Tat eine solche Absicht besteht. Die deutsche Regierung hat bei der Friedenskonferenz in Paris Schritte getan, um die alliierten Regierungen davon zu überzeugen, daß das Verlangen unberechtigt ist. Die Antwort der alliierten Regierungen steht noch aus. Die deutsche Regie- rung hat in Paris erklärt, lassen, daß sie dem Ver- langen auf Zerstörung der Motoren nicht stattgeben kann und hat eingehend dargelegt, aus welchen Gründen sie hierzu auch nicht verpflichtet ist. Bei der klaren Rechts- lage sei anzunehmen, daß die Vorkonferenz die Kontroll- kommission anweisen wird, ihr Verlangen zurückzunehmen.

Beilegung des Konflikts in der interalliierten Kommission für Oberschlesien.

Paris, 10. Oktober. Vetti Parisis meldet: Wie bereits be- kannt ist, hatten sich bezüglich der Tätigkeit der interalliierten Verwaltungskommission in Oberschlesien Schwierigkeiten ergeben. Man hatte General Le Rond unter anderem vorgeworfen, daß er das polnische Element zu sehr begünstige. Nur eine geringe Minderheit des britischen Veritals, das in Oberschlesien be- schäftigt ist, ließ diese Kritik laut werden; es haben drei subalterne Kontrollbeamte von letzter dort beschäftigten Personen der ge- nannten Nation ihren Rücktritt eingebracht. Hervorzuheben ist, daß der offizielle Vertreter Englands Percival auf seinem Posten geblieben ist. Die Vorkonferenz hat die schwebende Frage geregelt und die interalliierte Kontrollkommission wird nunmehr wieder wie ehemals ihres Amtes walten.

Aus der Tschechoslowakei.

R. F. Die Tschechoslowakei wird als politischer Faktor in Europa von unserer Parteipresse noch viel zu wenig gemuldrigt. Aus dem alten Oesterreich hervorgegangen, das ehemalige Böh- men, Teile Mährens, der Slowakei und Ungarns wurde beim Zusammenbruch im Herbst 1918 mit Hilfe der Entente vor allem Frankreichs ein Nationalitätenstaat geschaffen, der infolge seiner inneren nationalen Gegensätze mit ewigen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Der Zusammenbruch hatte für die Tschechen eine nationale Revolution gebracht und in ihrem nationalen Kampf ließen sich auch die tschechischen Sozialdemokraten dazu hinreißen, dieselben Fehler in der Nationalitätenpolitik gegenüber den nationalen Minderheiten zu begehen, wie sie im alten Oesterreich von der K. u. K. Regierung gelibt wurden. Inzwischen sind Teile des tschechischen Proletariats aus dem nationalen Kampf ver- wachelt. Es bildete sich eine „Linie“ in der Partei, die immer mehr an Anhang gewann. Die Partei war aber trotz ihrer schärfsten Gegen- sätze bis vor kurzem noch einig, die Ziele wahrte Parteibildungs- plan. Dann kam die Diskussion um die dritte Internationale. Die Gegensätze verschärften sich. Die Partei war mit den Agrari- en (Bauernpartei) in der Regierung und die Forderung der Linken auf Austritt aus der Regierung wurde immer härter erhoben. Mit der deutschen Sozialdemokratischen Ar- beiterpartei lagen die tschechischen Regierungssozialisten im härtesten Kampf, und jede oppositionelle Handlung der deutschen Partei wurde von der tschechischen Regierung als ein Angriff auf den „tschechischen Staat“ gewertet und bekämpft.

Der ganze tschechische Staat lebt nur von Gnaden der Entente und Außenminister Beneš hat wiederholt seine unbedingte Bündnistreue für die „großen Verbündeten“ betont. Das wich- tigste außenpolitische Ereignis der letzten Monate in der Tschecho- slowakei war wohl die Schaffung der „kleinen Entente“, ein Bündnis der Tschechoslowakei mit Jugoslawien und Rumänien, das nach Ausrückung der Prager Regierung den Frieden in Mittel- europa und Handelsbeziehungen sichern soll. Angeblich soll das Bündnis auch zur Abwehr gegen Ungarn geschlossen sein, aber über den wahren Inhalt des Abkommens hat man nie viel er- fahren, da nach der Verfassung der Außenminister Staatsverträge abschließen kann, ohne der Ratifikation durch das Parlament zu bedürfen, das in dieser herrlichen Republik überhaupt nur ein Schattenbild ist. Die kleine Entente hat den französischen Marschall Joffre zum Vater und in Prag sorgt General Velle mit einem Heer französischer Offiziere dafür, daß die Wünsche der französischen Regierung auch überall durchgeführt werden. Finanziell und politisch, wie auch militärisch ist die Tschecho- slowakei ein reiner Vasallenstaat der Entente, ein Glied in der Speerlinie gegen Sowjetrußland.

Die Gegensätze in der tschechischen Sozialdemokratie führten vor kurzem dazu, daß die sozialdemokratischen Minister aus der Regierung austraten. Eine Regierung aus nur tschechischen bürgerlichen Parteien war unmöglich; aus nationalen Gründen konnte man aber auch die deutschen bürgerlichen Parteien nicht in die Regierung nehmen. Man griff also zu dem Ausfalls- mittel, eine sogenannte „Beamtenregierung“ zu schaffen, die nichts weiter ist als ein williges Werkzeug der tschechischen Re- aktion. Ihre erste politische Neuerung war die Mißbilligung des Bonloits der Eisenbahner gegen das weißgardistische Polen. Damit gab die Beamtenregierung ihre konterrevolutionäre Willenskarte ab. Wenige Tage darauf bestätigte sie ihre reaktio- näre Gesinnung durch einen brutalen Militärakt. Sie ließ den Redakteur eines deutschen sozialdemokratischen Blattes, der Reichsdeutscher war, gewaltsam bei Nacht und Nebel über die Grenze schaffen.

Die deutsche sozialdemokratische Partei ist, ebenso wie die tschechische Partei, von inneren Kämpfen ausgehüllt, nur sind hier die Gegensätze noch nicht so weit gediehen wie bei den Tschechen. Die tschechische Partei ist dank der stark sinnigen Politik der Regierungssozialisten bereits bei der Spaltung an- gelangt, während die deutsche Partei ungefähr in der Lage sich befindet wie die deutsche USB. vor dem Leipziger Partei- tag. Der linke Flügel der deutschen Partei (Reichsdeutscher Rich- tung) liegt in scharfer Meinungsstreu mit der Rechten (Leipziger Richtung), doch besteht noch Hoffnung, daß der Karlsbader Partei- tag, der in diesen Tagen zusammengetreten ist, die Einheit und Aktionsfähigkeit der Partei rettet. Die linken Flügel der deutschen und tschechischen Partei haben bereits einen Boden der politischen und nationalen Verständigung gefunden, und es scheint, daß auch die beiden rechten Flügel sich jetzt nähern. Die Reaktion wittert Maraschlucht und will die Zerklüftung in den Rebellpartei politisch ausnutzen. Die deutsche Partei hat der Beamtenregierung eine scharfe Kampfanzeige gesandt. Sie wird diese Regierung gründlich bekämpfen und mit allen Mitteln zu verhindern suchen, daß in der Form einer Beamtenregierung eine dauernde Herrschaft aufgerichtet und so die Krise der parla-

mentarischen Regierung dazu mißbraucht wird, das parlamen- tarische System (das ja nur dem Namen nach existiert) durch die verschleierte Diktatur einer zahlenmäßig zwar kleinen, wirtschaft- lich aber ungemein starken kapitalistischen Klasse dauernd ab- gelöst wird.

Trotz aller Neutralitätsverkündungen der Regierung gingen durch die Tschechoslowakei dauernd Munitionstransporte nach Polen. Die Abhängigkeit der Republik von der Entente bedingt eine Stärkung der Reaktion. Finden sich die feindseligen Brüder in der Sozialdemokratie nicht zu gemeinsamen Aktionen, dann kann die Tschechoslowakei für die europäische Konterrevolution eine starke Stütze werden. Umgekehrt aber auch wird geschlossenes revolutionäres Handeln der tschechischen und deutschen Sozial- demokraten, der Rechten und der Linken, der Reaktion starke Schläge versetzen können.

Der Krieg im Osten. Bruch des polnisch-litauischen Waffenstillstandes.

Wilna von den Polen besetzt.

Kowno, 10. Oktober. (Litauische Tel.-Ag.) Nach hartem Kampfe haben die Polen Wilna am 9. Oktober eingenom- men. Die Litauer halten die Linie Daenik—Mittroli—Batafo- wienka—Kaschaj. Die angreifenden Truppen sind zusammen- gefaßt aus verpöhlten Bewohnern Ostlitauens, die von General Seliawski geführt werden. Seliawski hat in Wilna eine neue Regierung ausgerufen, dessen Ober- haupt er selbst ist und an der Gutsbezügler teilnehmen. Sie verlangen, daß die Litauer das ganze früher von Polen besetzte Gebiet verlassen, und daß eine Volksabstimmung stattfindet.

Kowno, 10. Oktober. (Litauische Telegr.-Agentur.) Die letzten Ministerien haben die Hauptstadt Wilna nach ord- nungsmäßiger Räumung am 9. Oktober verlassen. Es waren am 9. Oktober erbitterte Kämpfe an der Front in Wilna hörbar. Die Bevölkerung ist erregt. Die Juden flohen aus Angst vor Pogromen. Militär und Garnison halten die Ordnung aufrecht. Die Kontrollkommission des Völkerbundes ist aus Suwalki nach Wilna abgereist, um mit den litauischen Regierungsvorstern den Sachverhalt zu untersuchen.

Die Friedensbedingungen Polens.

Warschau, 9. Oktober. Ueber die Friedensverhand- lungen verlaute folgendes: 1. Die beiden Parteien sind sich darüber einig, daß die Unabhängigkeit der Ukraine und von Weis- ruthenien, soweit diese Länder auf der russischen Seite der Waffen- stillstandslinie liegen, anerkannt werden müssen. 2. Man ver- pflichtet sich gegenseitig, sich nicht in die internen politischen Ange- legenheiten der beiden Länder zu mischen. 3. Polen braucht einen Teil der russischen Schuld nicht zu bezahlen. 4. Rußland zahlt an pol- nische Staatsangehörige eine Vergütung für die durch den Krieg veranlaßten Schäden. 5. Rußland gibt die polnischen Archive und historischen Werksachen zurück, ferner auch die nach Rußland verschleppten Maschinen und Mobilien.

Ein englischer Feldzug gegen Sowjet-Rußland.

O. E. Helsingfors, 9. Oktober. Der Chefredakteur der Mos- kauer Jewskija, Stelkow, schreibt: Rußland müsse im Osten auf der Hut sein, da sich dort eine neue Front bilde. England habe beschloffen, Rußland vom Orient her anzugreifen. Vor der bolschewistischen Niederlage bei Warschau wolle Lord George in der Annahme, daß die Sowjetregierung und die Rote Armee stark bestehen, durch ein Uebereinkommen mit den Bolschewisten die englischen Kolonien retten. Jetzt ist man in England der Ansicht, daß man Sowjetrußland leicht geschmettern könne und droht ihm mit einer Zerstückelung in Ost-, West-, Zentral-, Nord-, Süd-, Georgien-, Mesopotamien-, Persien und Bucharas her stattfinden; dort werden bereits Heereskräfte konzentriert. Die englische öffentliche Meinung, die über die Verhältnisse im Orient schlecht unterrichtet ist, wird schon auf die bevorstehenden Ereignisse vor- bereitet. Sowjetrußland muß sich zur Abwehr bereithalten. Im Zusammenhang mit dieser Meldung ist eine Rede Lord Georges bemerkenswert, die dieser in der Jahresversammlung des Nationalrates der liberalen Partei von Wales hielt. Lord George führte aus, es habe keinen Zweck, Frieden mit der Sow- jetregierung zu schließen, die kein Vertrauen zu erwecken wisse, ihr Wort nicht halte und unter der Maske des Friedensfreundes in England die politische Atmosphäre zu vergiften trachte.

Bündnis zwischen Wrangel und Koahensführern.

Kopenhagen, 9. Oktober. Nach einem Telegramm aus Se- bestopol ist zwischen General Wrangel und den Führern der Don, Kuban-, Terek- und Astrachan-Kosaken ein Bündnis ab- geschlossen worden.

England und Rußland.

London, 10. Oktober. In der Antwort Cursons auf die letzte Rote Thätigkeitserklärung des u. a., während sich England genau an die getroffenen Umadungen gehalten habe, habe Kamenen die Hauptbedingung, die für seine Zulassung nach England gestellt war, offen verkehrt. Die Sowjetregierung habe russische Truppen nach Persien geschickt, eine Verschwörung mit den türkischen Nationalisten in Kleinasien angesetzt und eine riesige gegen England gerichtete Propaganda in Äten geführt. Die Rote erklärt, wenn die Verhandlungen über die Handelsbeziehungen abgeschlossen werden sollten, so müsse dieser Zustand aufhören.

Rotterdam, 10. Oktober. Laut Nieuwe Rotterdamse Courant verlangt W o r n i o v o l t unter Hinweis auf die Veröffentlichung der russischen Rote Cursons im Daily Herald, deren Wortlaut diesem Blatte nur von Krasin ausgestellt werden konnte, den Ab-bruch der Verhandlungen mit der bolschewistischen Delegation. Times zufolge haben die hauptsächlichsten englischen Verke- rungsagenturen bei Lord George energisch gegen das geplante Handelsabkommen mit Rußland Einspruch erhoben. Große Bankiers und City-Geschäftsleute haben sich auf denselben Standpunkt gestellt.

Der Bürgerkrieg in Irland.

Lord George erklärte in einer in Carnarvon gehaltenen Rede, in Irland müsse die Ordnung selbst mit den strengsten Methoden wiederhergestellt werden. Irland müsse einen gewissen Grad von Selbstverwaltung haben, die Regierung werde jedoch jedem Ver- such, in Irland ein Heer und eine Flotte zu schaffen, die das Be- stehen des Vereinigten Königreiches bedrohen würden, bis zum äußersten Widerstand leisten. — In einem Briefe an die West- minster Gazette tritt Grey der Auffassung Aquiliss entgegen, wo- nach Irland ausgedehnte Selbständigkeit und das Recht, ein eigenes Heer zu unterhalten, gegeben werden sollte. Grey schreibt: Die irischen Häfen bilden unser Tor nach der Außenwelt, und der Schlüssel zu diesem Tore muß in London aufbewahrt werden, da- mit es nicht gegen unsern Willen geschlossen werden kann. — Eine Gruppe Zivilisten warf in einer Straße in Cork Handgranaten auf ein Militärautomobilgeschloß. Ein Soldat wurde getötet und mehrere verwundet. Die Soldaten antworteten mit Gewehr- schüssen. Eine Anzahl Passanten wurde durch Gewehrkugeln und Handgranatensplitter verwundet. — Nach einer Privatmeldung des Temps aus London haben die Truppen in Cork heute vorm- ittag wegen der Ermordung eines Soldaten das Rathaus durch Brandbomben zum Teil zerstört.

Die Streikbewegung in Portugal.

Paris, 8. Oktober. Temps verbreitet eine Nachricht aus Lissabon, die im Ausland verbreitete Meldung über einen aufge-

meinen Ausstand in Portugal sei unrichtig, nur ein Teil der Eisenbahngesellschaften streikt.

Madrid, 10. Oktober. Nach einem Bericht aus Lissabon hat der Kriegsminister die Eisenbahnen und Bahnhöfe militärisch besetzen lassen. Durch die Verordnung werden alle Eisenbahner entlassen, die gestern nicht zur Arbeit erschienen waren. Wegen verschiedener Sabotageakte wurden mehrere Verhaftungen vorge- nommen.

Madrid, 10. Oktober. Aus Lissabon wird gemeldet, daß es auf dem sozialistischen Landeskongreß zu heftigen Zwischen- fällen kam, in deren Verlauf viele angesehene Sozialisten den Saal verließen. Der Kongreß genehmigte eine Entschließung, die sich gegen die Beteiligung der Sozialisten an der Regierung aus- spricht, es sei denn, daß die Republik in Gefahr sei.

Deutschland.

Von der neuen bayerischen christlich- sozialen Partei.

Am 8. Oktober fand in München die erste öffentliche Versamm- lung der neuen christlich-sozialen Partei statt. In der Ge- meindekassendirektor Borscham referierte. Es kam dabei eine scharfe Abfrage an die Bayerische Volkspartei zum Ausdruck, durch deren feudale Politik die christliche Arbeiterklasse zu kurz kommen müßte. Die neue Partei darf nicht mit den österreichischen Christ- lich-sozialen verwechselt werden. Es handelt sich vielmehr um eine sehr ernst zu nehmende religiöse Strömung des christlichen Kom- munitismus, die zwar den Klassenkampf ablehnt, aber doch politisch „sozialistisch“ soweit als möglich gehen will. Inwiefern es dieser neuen Partei gelingen wird, einen Keil in die hierfals bayerische Volkspartei zu treiben, läßt sich heute nur schwer beurteilen.

Schweres Verbrechen an der Familie des Admirals Scheer.

Weimar, 9. Oktober. Heute nachmittag gegen 4 Uhr wurde in der Villa des Admirals Scheer eine Morbid verübt. Im Kohlenkeller der Villa wurde zunächst das Dienstmädchen des Ad- mirals tot aufgefunden. Im Vorzimmer lag die Gemahlin des Admirals tödlich durch einen Kopfschuß verletzt und vor der Kor- ridortür die 18jährige Tochter des Admirals durch einen Brust- schuß ebenfalls sehr schwer verletzt. Admiral Scheer befand sich in einem Zimmer des oberen Stockwerkes der Villa. In einem Nebenzimmer lag der Würder, der Major Karl Wächner, der durch einen Schuß in den Kopf sich selbst entleert hatte. Als die Schüsse fielen, floh ein zweiter Mann aus der Villa, dem man auf der Spur ist. Es ist noch nicht ermittelt, ob es sich um einen Mord- mord handelt, da in der Villa selbst nichts gestohlen ist.

Parteiung der K. P. D. Die Zentrale der K. P. D. veröffent- licht in der roten Nähe die Tagesordnung des Parteitag, den sie zum 2. November einberufen hat. Ueber die politische Lage referiert Thälheimer, Pezli erörtert den Bericht des 2. Kongreß der 3. Internationale Prager spricht über Betriebsräte und politische Arbeiterräte, während Lange über die kommunistische Tätigkeit in den Gemeindeparlamenten referiert.

Kleine Auslandsnachrichten.

Ein neuer russischer Vorschlag zu Friedensverhand- lungen mit Rumänien.

Wie der Berliner Tage aus Helsingfors telegraphiert wird, veröffentlicht die Krasnaia Gazeta ein Telegramm von Thälheimer an Take Jonescu, in dem der russische Außenminister erklärt, daß die Sowjetregierung noch immer keine Antwort auf ihren letzten Friedensvorschlag an die rumänische Regierung er- halten habe. Thälheimer betont den Wunsch, bald von neuem eine feindliche Verbindung zwischen Sowjetrußland und Rumänien herzustellen und schlägt neue Friedensverhandlungen vor.

Deutscher Schulstreik in Böhmen.

Der Prager Bohemia zufolge ist der deutsche Schulstreik wegen der Stilllegung deutscher Schulen am 8. und 9. Oktober durch- geführt worden.

Ueberfall auf Japaner in der Mandchurie. Nach einer japanischen Meldung haben 400 berittene Banditen, unter denen sich auch Russen befanden, Sun-tschung anzugreifen, das japanische Konsulat verbrannt, 14 japanische Volkspolizisten, den Polizei- inspektor und 24 Japaner ermordet. Japanische Wachabteilungen sind abgeleitet worden, um in Sun-tschung und Umgebung die Ordnung wieder herzustellen.

Aus der Partei.

Bezirksparteiung Ostthüringen.

Am Sonnabend fand in Gera die Generalversammlung des Arbeitsgebietes Ostthüringen statt. Nach Referaten der Genossen Rosenfeld-Berlin und Sowohl-Halle beschloß die Kon- ferenz mit 146 gegen 53 Stimmen die Ablehnung der Moskauer Bedingungen.

Der Sozialist. Die sechsten erschienenen Nr. 40 der von Dr. Rud. Breitscheid herausgegebenen unabhängigen sozialdemokratischen Wochenzeitschrift enthält folgende Beiträge: Ludendorff als Reiter von Emil K a l b ; Die Moskauer Leitfäden über die Agrarfrage von Dr. Wilhelm Grunach; Diktatur und Demokratie von L. Martow; Betrachtungen über die Profittheorie von Bene- dikt Rausty; Ethik und Sozialismus von Kurt Bülle; Aus der Internationale. Der Sozialist erscheint wöchentlich ein- mal und ist durch alle Buchhandlungen, durch die Post oder durch den Verlag T. Breitscheid, Berlin W. 15, zum Preise von viertel- jährlich 15 M., Einzelnummer 1.50 M., zu beziehen.

Von Nah und Fern.

Furchtbares Eisenbahnunglück in Frankreich.

Paris, 10. Oktober. Auf dem Bahnhof von Houilles stieß ein von Paris nach Nantes fahrender Per- sonenzug auf einen Güterzug auf. Bis Mitternacht waren 38 Leichen geborgen; die Zahl der Verletzten beläuft sich auf über 50.

Paris, 10. Oktober. Die Zahl der Opfer des Eisen- bahnunglücks bei Houilles hat sich auf ungefähr hundert er- höht. Von dem Güterzuge hatten sich die drei letzten Wagen gelöst und waren die abschüssige Strecke zurückgerollt und entgleist, als der von Paris kommende Personenzug in sie hineinfuhr.

Ein weiterer Zusammenstoß.

Paris, 10. Oktober. Der Personenzug Paris—Argenteuil und der Zug Argenteuil—Paris sind heute nachmittag bei Argenteuil aufeinandergefahren. Ungefähr 30 Reisende wurden verletzt.

Die Opfer des Eisenbahnunglücks bei Benedia.

Benedia, 8. Oktober. Bei dem Eisenbahnunglück sind bisher 23 Tote festzustellen, man fürchtet jedoch, daß diese Zahl noch steigen wird, denn der Zustand mehrerer Verletzter ist hoffnungslos. Der Zugverkehr ist wieder aufgenommen worden. Die Bahnarbeiter und die Arbeiter mehrerer Fabriken haben zum Gedenken der Trauer die Arbeit eingestellt.

Verantwortlich für den reaktionellen Teil:

Heinrich Fleißner in Leipzig.

Verantwortlich für den Interatenteil:

Friedrich Piller, Borsdorf-Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 11. Oktober.

Parteiangelegenheiten.

Alt-Leipzig, Bezirk Osten. Mittwoch, 13. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant Goldner Ring, Glockenstraße 4, partiere, wichtige Funktionärskongress. Erscheinen aller ist Pflicht! Dasselbst Ausgabe der Theaterbillets.

Entscheid. Heute abend 8 Uhr: Frauendiskussionsabend im Feldschloßchen.

Sittlich. Die Beikassierer werden ersucht, sich heute abend vollständig in der Geschäftsstunde einzufinden. Ausgabe von Programmen.

Ortsverein Kleinzschöcher.

Dieserjenige Parteiorganisieren, die sich an dem von der Genossin Gerber zu leitenden Kursus beteiligen wollen, bitten wir, in der Bibliothek sich in die ausliegende Liste einzutragen. Betriebsoblenne können in der Bibliothek Material für sich abholen. Der Vorstand.

Kartellversammlung am Donnerstag, 14. Oktober, abends 7 Uhr, im Volkshaus. Tagesordnung: Bericht vom Rätekongress. Alle Gewerkschaftsvorstände sind eingeladen. Der Nachweis über den abgelieferten Tagesverdienst zum Volkshaus ist mitzubringen.

Kartellauschuss um 6 Uhr im gleichen Lokale.

Gruppenrat 4. Die für heute abend angeordnete Sitzung kann nicht stattfinden!

Gruppenrat 11, Metallindustrie. Dienstag, den 12. Oktober, abends 6 Uhr, Sitzung im Volkshaus, Billardzimmer. Arbeitsauschuss Vorbereitung 1/2 Uhr.

Möha. Betriebsräte. Mittwoch, den 13. Oktober, abends 7 Uhr, in der Schule Kurus-Beginn.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Leipzig. Heute, Montag, Ausschusssitzung im Volkshaus. Ausschussmitglieder und Vorliegende sind geladen. Anfang Punkt 7 Uhr. Der Vorstand.

Von der Leipziger Wohnungsnot.

Das Wohnungselend wird immer ärger. Es könnte erheblich gemildert werden, wenn die großen Wohnungen, Billen restlos aufgeteilt werden würden. Die Gemeindevverwaltung hat das Recht dazu. Sie macht aber von ihm keinen Gebrauch. Man will den Bestehenden nicht zumuten, sich mit vier oder fünf Zimmern zu begnügen. Sie sollen weiter über ihre acht, zehn, zwölf und noch mehr Wohnräume verfügen, damit sie nicht von Proleten in ihrer letzten Ruhe, in ihrer Behaglichkeit gestört werden. Man faßelt wohl gelegentlich davon, daß man das Allgemeinwohl vertrete. In Wirklichkeit werden in der kapitalistischen Republik nur die Interessen der Bestehenden gewahrt. Die hohe Bureaucratie, die aus ihnen stammt, die mit ihnen völlig verflochten ist, macht peinlich darüber, daß nur ja nicht die Bestehenden in ihren weitgehenden Machtbefugnissen und Rechten irgendwo beschränkt werden.

In Leipzig ist die Ratmehrheit besonders um das Wohl der Bestehenden bemüht. Daher macht auch hier die Wohnungseinteilung keine Fortschritte. Wie es den Wohnungslosen geht, zeigt nachstehende Zuschrift, die uns zugegangen ist:

„Seit circa einem Jahr liest man in allen Zeitungen von der Zwangsquartierung. Bisher hat aber dieselbe nur in ganz vereinzelten Fällen stattgefunden. — Als ich auf dem Wohnungsnachweis war und um zwei leere Zimmer bat, wurde mir mitgeteilt, daß ich keinen Anspruch auf solche habe, sondern dieselben nur für Flüchtlinge bestimmt seien. Als ich aber dem Herrn sagte, daß ich am 1. November das eine Zimmer, das ich seit 15. April d. J. mit meiner Frau bewohne, räumen muß, sagte er mir, ich sollte mir nur Zimmer lügen. Seit dem 1. August suche ich schon nach einer Wohnung, aber immer ohne Erfolg. Ich vergebens an, denn niemand will ein Ehepaar nehmen. Auch habe ich drei Annoncen je 10 Mk. in die Zeitung setzen lassen, darauf erhielt ich eine einzige Karte und zwar von den Gebrüdern Eilbötten, die mir bei meinem Umzug behilflich sein wollen. Welche Wunderpreise für Zimmer jetzt verlangt werden, beweist folgendes: Im Verkehrsverein liegen Listen über möblierte und leere Zimmer aus, dort fand ich zwei, die für mich event. in Frage kämen, u. a. zwei leere Zimmer in L-Gohlis, ein großes Zimmer mit Berliner Ofen, ein kleines Zimmer (Klofen) ohne Ofen. Wenn ich kosten will, muß ich mir auf eigene Kosten einen Ofen setzen lassen; der kostet 800—1200 Mk., und für die zwei Zimmer werden monatlich 100 Mk. verlangt. „Straße des 18. Oktober“ ebenfalls zwei leere Zimmer nur 120 Mk. pro Monat. So soll also ein Prolet jährlich 1200—1400 Mk. Miete zahlen, damit die Herrschaften keine zu zahlen haben. Aber all diesem Treiben steht der Rat der Stadt Leipzig ruhig zu. Schlaftrunken weiter, ihr habt ja eure Balken! Ihr wißt nicht, wie es einem Arbeiter zumute ist. Wir Proleten aber, die wir uns 4 1/2 Jahre im Felde herumgeschlagen haben, wir können mit unsrer Familie auf der Straße liegen. — Wann wird der Rat sich vernehmen lassen, die Aufteilung der großen Wohnungen vorzunehmen?“

Eine Denkschrift über die Baukunst in Leipzig.

Und nun die Grünanlagen der Promenade. Wer sie noch vor 20 Jahren kannte! Anstatt sie noch nach Möglichkeit zu pflegen und zu erweitern, sind sie im Laufe der Jahre an allen Ecken und Enden durchbrochen und beschritten worden. Müßte die Däumerei Gewerbestelle gerade dort errichtet werden, um die lange Zeit dort stehen zu lassen? War der kahle Blücherplatz nicht groß genug, um die Gleise aufzunehmen für die Straßenbahn, die sich nun an der Goldenen Kugel breitmachen und so Hunderte von Quadratmetern Grünland und herrlichen Baumbestand zum Opfer forderten? Ließ sich die Baufluchtlinie am Kleischerplatz nicht anders gestalten, als daß nur ein dürrer Streifen Bäume übrig blieb? War es nicht widersinnig, ein neues Theater in die Anlagen zu projektieren, wo doch schon das Alte Theater mit seinen Nebenbauten genug Grün wegnimmt? Wir tun, als hätten wir zuviel davon.

Das ist nur ein kleines Stück des inneren Leipzig. Wie sehen die anschließenden Stadtteile aus? Wie viele dankbare Aufgaben wären zu lösen gewesen und wären noch zu lösen.

Man denke an das Römische Haus und die vielen andern, die gepöppelt wurden; und was hat man dafür gebracht! Man hat des Reiches obersten Gerichtshof gebaut, aber ist die Wahlprüfung davor dieses Hauses würdig? Wozu der Schmuckplatz neben diesem offenen Platz? Und hinter dem Reichsgericht häufen sich die Monumentalbauten auf einem Fleck, anstatt daß sie verteilt wurden auf das ganze Viertel. Man denke an die Hofstraße! Was hätte am Rande unsrer Rennbahn am Schleußiger Weg entstehen können, hätte man die ruhige großzügige Umfluchtlinie der anschließenden Wohnungen als Maßstab gewählt und Bestimmungen getroffen, die einen gleich ruhigen Höhenabschluß dieser Bauwerke gewährleisteten? Man denke an den Bayerschen Platz, an den Zugang zur Straße des 18. Oktober, denke an die trostlose Wirkung der Proßheider Straße und vieler anderer Straßen des Ostens, denke an die Entzweiung der Straße, an die große Heerstraße

wil all ihren vielen Gebäuden und die verpachteten Gelegenheiten, sie wirkungsvoll aufzustellen. Man denke an den Neubau der Taubstummenanstalt, der Zweigflakt des Johannisflisses, an das Stadtbad und die vielen Schulen und andern öffentlichen Bauten, die in ihrer Wirkung null sind, weil man sie wahllos in Seitenstraßen aufstellte, wo sie niemand sucht.

Da stellen wir Behauptungen auf und machen große Modelle, und die Ausführung weiß von alledem nichts. Wie wird die große Böttcherstraße einmal aussehen, wie die Lindenauer Wiesen? Nun, wenn es so weiter geht, wie man am Eingang der Straße des 18. Oktober angefangen hat, dann wissen wir es schon im voraus, dann brauchen wir nicht mehr stolz darauf zu sein.

Wie konnte man es fertigbringen, die große Böttcherstraße in ihrer Linienführung zu brechen? Nahm man sich damit nicht eine Gelegenheit zu monumentaler Wirkung, wie sie vielleicht in vielen hundert Jahren nicht wieder vorkommt? Wie würden sich die Linden in Berlin, die Champs Elysees in Paris ausnehmen ohne die Ausblicke auf ihre Siegestore? Und hier läßt man kleinlicher Bedenken und einer vereinzelten persönlichen Meinung wegen, den großen monumentalen Gedanken fallen. Ja, wenn wirklich praktische Gründe sich der Ausführung entgegenstellen, wenn die verpachteten Gelegenheiten nur Phantazereien eines Architekten wären. Aber sie sind es nicht, es sind Forderungen, die aus kulturellen, ethischen und ästhetischen Gründen gestellt werden müssen; denn eine Zeit wird kommen, die über uns richtet und urteilt, genau wie wir es tun über vergangene Jahrhunderte.

Die Löhne für Hausangestellte in Leipzig.

Der Fachauschuss für den städtischen Facharbeitsnachweis für die Hausangestellten hat die folgenden Lohnsätze als Richtlinien aufgestellt:

Table with 2 columns: Lohngruppe and Lohnhöhe. Includes categories like 'Für Hausmädchen von 14-15 Jahren' and 'Für Stützen mit Kochkenntnissen'.

Den Steuerabzug haben die Hausangestellten selbst zu tragen, ebenso die auf sie entfallenden gesetzlichen Teile der Beiträge für die Invaliden- und Krankenversicherung.

Die Richtlinien können nebst dem am 23. Januar d. J. durch das Reichsarbeitsministerium für den Stadtbezirk Leipzig für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag für die Hausangestellten über 16 Jahre, der in allen übrigen Punkten weiter gültig ist, von der Sportkassa im Neuen Rathaus, Zwischengäßchen, Zimmer 287, oder vom städtischen Arbeitsnachweis, Abteilung für die Hausangestellten, Leipzig, Gerberstraße 3, Erdgeschoss, zum Preise von 20 Pfg. bezogen werden.

Abhängige Urwahlpleite.

Die rechtssozialistische Presse konnte sich in den letzten Tagen nicht genug tun an Hohn und Spott über die Beteiligung unsrer Parteimitglieder an den Urwahlen zum Hallischen Parteitag. „Lebender Leichnam“ war mit die mildeste Bezeichnung des Zustandes, in den die USPD durch die augenblickliche Krise veretzt ist. Die Herrschaften haben vielleicht das allermindeste Recht, über Teilnahmslosigkeit unsrer Mitglieder zu reden. Während sich, soweit bisher bekannt wurde, meist 30—40 Prozent unsrer Mitglieder an den Wahlen beteiligten, an manchen Orten, wie in Halle, sogar 60—65 Prozent, vermochten die Abhängigen, die gleichfalls in einer Reihe von Orten ihre Parteitage delegierten durch Urwahl wählen lassen, meist nur 10—20 Prozent ihrer Mitglieder an die Urne zu bringen. In Röhlin stimmten von ihren über 20 000 Mitgliedern nicht ganz 2000 ab, in Essen (Ruhr), wo wir fast 5000 Mitglieder an die Urne brachten! — ganze runde 800. — Am beim Lebenden Leichnam zu bleiben: gleich die SPD, ihm nicht viel mehr als die USPD, die freilich jetzt von scharfen Meinungskämpfen zerrissen wird.

Der Rat der Stadt Leipzig gegen die hohen Kartoffelpreise.

Zur Kartoffelversorgung im Winter 1920/21 sendet uns der Rat eine Notiz, in der er u. a. empfiehlt, für den Kopf des Haushaltes nicht mehr als höchstens zwei Zentner Wintervorrat bereinzunehmen. Ein Vorrat von zwei Zentnern wird im allgemeinen gut bis Anfang April des nächsten Jahres reichen; zu dieser Zeit kommen dann die Kartoffeln zum Verkauf, die während der Wintermonate bei den Landwirten in den Mieten gelegen haben. Dann schreibt der Rat: Der Preis wird wie vor Einführung der Kartoffelbewirtschaftung durch freie Vereinbarung zwischen Käufer und Verkäufer gebildet. Das ist die alte Landespreisart hat unter Berücksichtigung der erhöhten Erzeugungskosten einen Preis von 15 Mk. für den Zentner als angemessen bezeichnet. Mit Unrecht wird der vom Reichsernährungsministerium im Frühjahr dieses Jahres festgelegte Preis für die sogenannten Vertragskartoffeln, die übrigens nur einen kleinen Bruchteil der gesamten Kartoffelernte ausmachen, als Richtpreis angesehen. Dieser ist unangemessen hoch und entspricht nicht dem Ausfälle der Kartoffelernte.

Keinlich hat kommen einzelne Behörden an der Ansicht, daß der Kartoffelpreis zu hoch sei. Sie hätten energisch ihre Stimme erheben müssen, als man den Wucherpreis festsetzte. Das war im Mai dieses Jahres. Man hat aber in der ganzen Zeit nichts getan, und erst jetzt wendet man sich gegen die unangemessen hohen Preise! Kein Wunder, wenn mit solchen Aktionen nichts erreicht wird.

Eine Sitzung der Stadtverordneten findet am Mittwoch, dem 13. Oktober, abends 6 Uhr, statt. Das Kollegium wird u. a. beraten über den Haushaltsplan der Stadt Leipzig auf das Jahr 1920/21 im allgemeinen, über die Gewährung von Beihilfen an die vier privater-Handelslehranstalten, über die Eingaben wegen Ausführung aller städtischen Bauten im Eigenbetrieb, über die Gewährung erhöhter Baukostenzuschüsse an die Eisenbahner-Baugenossenschaft m. b. H. in Leipzig und die Baugenossenschaft für Eisenbahnbedienstete in Leipzig-Engelsdorf zu Wohnhausbauten, über die Rückübernahme des Rats wegen voller Aufrechterhaltung des Betriebs der Schulschiffklinik und Festlegung des Jahresbeitrags der Kinder, über die Bewilligung von Berechnungsgeld zur anteiligen Deckung der Kosten für Ueberführung der amerikanischen Liebesgaben.

Die Gemeinnützige Baugesellschaft will die Mieter in ihren Häusern in Leipzig-Lößnig, die im Vorjahre um ca. 35

Prozent übersteigert wurden, vom 1. Januar ab nochmals um 30 Prozent steigern! Eine Versammlung der Mieter beschloß auf Vorschlag der Mieterkommission, daß vier Mieter als Vertreter der Gesamtheit sich vertragen lassen sollen. Der Spruch des Mieteinigungsamts soll nach Beratung der Kommission mit der Verwaltung für alle Mieter Geltung haben. — In der Versammlung wurde u. a. bemängelt, daß die Treppen nicht erleuchtet würden. Die Verwaltung hatte mitgeteilt, daß sie die Hausleute angewiesen habe, für eine ordnungsgemäße Beleuchtung zu sorgen. Sie habe den Hausleuten eine 300prozentige Lohnaufbesserung gewährt. Die Hausmänner weigerten sich aber, anzubrennen, obgleich der Verwaltung es unmöglich sei, vom Rat den verlangten Spiritus zum Anbrennen zu erhalten. — In der Aussprache wurde angeführt, daß seit 1. April den Hausleuten für ein Grundstück vierteljährlich 11 Mk. bezahlt würden, das bei wöchentlich fünf Stunden Arbeitszeit 20 Pfg. pro Stunde! Und dafür künften die Hausmänner noch Straßenbesen, Haarbesen zum Bodenkehren, Streichhölzer und Spiritus kaufen! Vom Redner selbst als auch vom Versammlungsleiter wurden die Hausmänner darauf hingewiesen, daß es ihre Sache sei, sich zu erganzieren und sich auf gewerkschaftlicher Grundlage zu helfen; die Mieterschaft könne auf keinen Fall unter diesen Zuständen leiden.

Zu obigem erhalten wir noch folgende Nachschrift: Die Mieter werden aufgefordert, auf keinen Fall die Beträge ändern zu lassen. Voraussetzungsweise wird am Sonntag eine neue Mieterversammlung stattfinden, da der Vorstand der Baugesellschaft sich an die mit der Verwaltung getroffenen Vereinbarung nicht binden will. Laßt euch durch das Zirkular nicht beeinflussen! Unterschreibt nicht voreilig! Besucht am Sonntag die Versammlung! Die Kommission.

Straßenbahnverkehr in verringertem Umfange. Trotz des Streiks der Gemeindevorarbeiter und des dadurch bedingten Ausfalls der Stromlieferung aus den städtischen Elektrizitätswerken wird der Straßenbahnbetrieb aufrechterhalten, wenn auch in einem etwas verringerten Umfange. Näheres hierüber besagt die Anzeige in dieser Nummer. Die dadurch ausgesprochene Bitte an die Fahrgäste, zur Dienstleistung für die Schaffner wegen der zu erwartenden starken Wagenbenutzung abgegriffenes Kleingeld bereitzuhalten, unterstützen wir auch an dieser Stelle.

Die hohen Gasrechnungen. Es wird noch nicht genügend beachtet, daß sich ein jeder das Berechtigen der jetzigen hohen Beträge für die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserrechnungen selbst erscheidern kann, indem er sich — am besten regelmäßig jede Woche oder auch monatlich nach dem Gehaltsempfang — eine Anzahl Wertlooschen (zu 5 Mk. das Stück) kauft, die auf eine Karte nebeneinander aufklebt und diese bei der Einfassierung mit in Zahlung gibt. Paßt man die Zahl der Karten nach dem erfahrungsmäßigen Verbrauch in einer Woche oder in einem Monat gut ab, so braucht man, wenn der städtische Geldeinnehmer mit der Rechnung erscheint, nur einen kleinen Spitzenbetrag in bar hinzuzuzahlen. Von dem einfassierenden Beamten läßt man sich zweckmäßig gleich eine neue Karte zum Aufkleben der Karten geben. Die Wertlooschen selbst kann man in allen Stadtteilen bei den Spartassentellen, den Verkaufsstellen des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz und Umgegend und der Leipziger Brotfabrik Gebr. Joachim, Pöhl u. Co. und bei den städtischen technischen Werken Brühl 80, 11, Zimmer 88, oder deren Ausstellung in der Marktgrabenstraße 3 erhalten.

Die Anklagen in der Handelslehranstalt. Professor Lorey, der Leiter der Dessenischen Handelslehranstalt, schied uns eine Verächtigung, in der er unsre Kritik vom Freitag über das Patentrecht am Fenster der Lehranstalt bestritt. Dazu hätte es ja eigentlich keiner Verächtigung bedurft. Ober wollte der Herr Professor, der sich auf das Preßgesetz beruft, beweisen, daß er nichts vom Preßgesetz versteht? Das interessiert uns nicht! Der Professor hat festgestellt, daß der Lehrer das 25 Zentimeter hohe Patentrecht am dem Fenster nicht sehen konnte. Der Mann muß behauertwert mit Stumpfheit geschlagen sein. Im Übrigen bemerkt sich der Professor mit schiedsverstehendem Antisemitismus die Patentkrenzler zu entschuldigen. Aus all diesen Gründen und aus einigen andern wandert seine Verächtigung wegen § 11 des Preßgesetzes in den Papierkorb.

„Die Leipziger Garnison organisiert den Streikbruch.“ Zu dem Artikel, den wir in voriger Woche unter obiger Spitzmarke brachten, schreibt uns Herr Schönfels, Oberst und Artillerieführer: „Das Garnisonkommando Leipzig hat in einem Tagesbefehl für den Fall eines Streiks der Gemeindevorarbeiter die Truppenteile aufgefordert, ihm diejenigen Mannschaften, die den Betrieb von Wasser- und Elektrizitätswerken kennen, namentlich zu melden. Hieraus folgert die Leipziger Volkszeitung (Nr. 27 v. 8. 10. 20.) die Absicht der Reichswehr, in den etwaigen Lohnkampf durch Abkommandierung von Mannschaften zum Streikbruch einzugreifen. Diese Absicht besteht natürlich nicht. Das Garnisonkommando bezweckt mit seiner Aufforderung nichts weiter, als für den angenommenen Fall den Betrieb des im Kasernengebiet liegenden besonderen Wasser- und Elektrizitätswerkes der Garnison, also die Versorgung der Kasernen mit Wasser und Licht sicherzustellen, wofür im ganzen sechs Mann erforderlich sind. Die Leipziger Volkszeitung hat bei ihrer Auslegung des Tagesbefehls offenbar auch übersehen, daß der ihr gewiß nicht unbekannt niedrige Mannschaftsbestand der Garnison eine „Streikbruchorganisation“, wie sie von ihr der Reichswehr unterstellt worden ist, gar nicht ermöglichen würde.“

Aus dem Tagesbefehl ging diese Absicht, nur die Kasernen mit Licht und Wasser zu versorgen, nicht hervor. Er war recht allgemein gehalten und wir konnten gar keine andern Schlussfolgerungen ablehen, zumal die Reichswehr früher und in andern Orten wiederholt den „Notbefeher“ gemacht hat.

Elternabend. 13. Volkshaus, Mittwoch, den 13. Oktober, abends 7 Uhr, im Schiffsaal. 1. Bericht des Elternrates. 2. Neuerer Elementarunterricht (Lehrer Feustel).

Der Elternabend der 52. Volkshaus findet nicht morgen, sondern schon heute abend 7 Uhr im Reichsverweiser statt!

Das Los von Profetarierkindern. Man schreibt uns: Ein trasses Beispiel, wela trauriges Los Profetarierkindern beschieden ist, kann man täglich an der Kleinkinderbewahranstalt Seilerhäusern beobachten. Bereits 7 1/2 Uhr morgens, also in der frühesten Dämmerung, bringt eine Mutter im Sportwagen ein leichtgekleidetes, höchstens 1 1/2 Jahre altes Kind und stellt es dort in die Türnische ein. Vor Trost zitternd sieht das Kind ohne jede Aussicht bis nach 7 Uhr, bis ihm und hinzugekommenen Lebensgefährten der Einlaß gewährt wird. Die Mutter muß zur Arbeit und das Kind hat vielleicht noch nicht einmal etwas Warmes im Magen. Wie herrlich weit haben wir es doch unter dieser Gesellschaftsordnung gebracht. Während Autoritäten von in- und ausländischen Aerzten fast täglich schreiben, den deutschen Kindern selbe der Schlaf, sind die Mütter gezwungen, ihre Kinder ganz früh schon aus der Ruhe zu reißen und sie sogar auf den Straßen den Witterungsunbilden auszuweisen. Und das alles, um dem Moloch Kapitalismus Kleinenprojite zu sichern.

Die Kinderbewahranstalten sollten auf solche Mütter und Kinder Rücksicht nehmen und schon früher ihre Türen öffnen.

Die letzten Veretta-Guthschneide, werden bis Mittwoch, den 13. Oktober, nächster Woche an den bekannten Verkaufsstellen (Hauptverkaufsstelle Verkehrsverein, Nahmarkt) zur Ausgabe gelangen. Nach diesem Tage wird kein Fest mehr in den Handel gebracht.

Landwirtschaftliche Ausstellung in Leipzig. Im nächsten Jahre, vom 18. bis 21. Juni, wird die Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in der Nähe des Völkerschlachdenkmals veranstaltet werden. Sie wird, abgesehen von Pferden, Rindern, Schafen und Schweinen, die aus nächstgelegenen Gründen noch nicht wieder an einer Ausstellung teilnehmen können, alle Gruppen enthalten, die in den Friedensjahren das Interesse der Besucher erweckt haben.

Lebensmittelfakender für Dienstag, den 12. Oktober.

Anmeldung. Haferrahm: Lechter Tag — abzugeben 10 E und K der Lebensmittelkarte Reihe Q, Kriegsgelungenmarkte 4 (je 250 Gramm).
Ausgabe. 41. Kartenverteilung: Nr. 1201—1400.
Fett für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene: Ausgabe P-Anger, Ede Wurmer und Torgauer Straße nachmittags 3—5 Uhr.
Rindergerstenehl: Lechter Tag — bestellt mit 9 K der Lebensmittelkarte Reihe Q; Hilfsmarken S 1 R, S 2 R, S 3 R der Lebensmittelkarten für Kinder bis zu 2 Jahren (je 500 Gramm).
Für Händler.
Schweinefleisch: Bezugsartenablieferung.

Sächsische Angelegenheiten.

Ernährungsbankrott.

Sächsische Schweine in Bayern.

Wenn es noch eines besonderen Beweises bedürfte, um den Widerstand und die Unhaltbarkeit der kapitalistischen Profitwirtschaft darzutun, so genügt ein Hinweis auf die Ernährungswirtschaft. Schritt für Schritt ist die Regierung vor dem Drängen der Produzenten und Händler zurückgewichen. Eine Schranke nach der anderen gegen die Ausbreitung der Massen ist gefallen. Je mehr das Volk hungert, desto lebhafter blühen Wucher und Scheidhandel. Am schwersten leiden die industriellen Bezirke, besonders Sachsen, dessen Bevölkerung zusehen muß, wie die wenigen im Lande selbst produzierten Lebensmittel nach auswärts verlohnen werden.

Im Bayerischer Tageblatt in Bayern fand sich am vorigen Mittwoch folgendes Interat:

Donnerstag und Freitag bringe ich eine große Partie

sächsische Schweine

tierärztlich untersucht, im Gasthof

zur Suite in Kulmbach in Bayern billig zum Verkauf.

Thomas Ködel, Schweinehändler

Kulmbach, Schleiergasse 18.

Und in Sachsen? Auf dem ersten Dresdner Schweinemarkt, der am gleichen Tage stattfand, wurden ganze 11 Schweine aufgetrieben. Die Folge war, daß der Preis in die Höhe getrieben wurde. Es wurde für das Pfund Lebendgewicht circa 10 Mk. bezahlt, während in Kulmbach 50—60 Schweine auf den Markt kamen, die mit durchschnittlich 7 Mk. pro Pfund verkauft wurden. Der Vorgang zeigt, mit welcher Gewissenlosigkeit die Lebensmittelwucherer zu Werke gehen.

Das sächsische Volk, und vor allem die Arbeiterschaft, hat unter diesen Verhältnissen, die durch Aufhebung der Zwangswirtschaft eine weitere Förderung erfahren haben, zu leiden. In den sächsischen Großstädten wurden am Sonnabend im Kleinhandel für ein Pfund Schweinefleisch 20 bis 24 Mark verlangt. Dabei wurde aber kurz angekündigt, daß für diese Woche eine erhebliche Steigerung zu erwarten sei. Und das ist auch wahrscheinlich, da mit dem Wegfall der Zwangswirtschaft die Kontrolle der Schieber und Scheidhändler wesentlich erschwert und dem Wucher die Tore angeklappt worden sind. Und jukt in diesem Augenblick kommt in Sachsen eine

Amnestie für Scheidhändler und Wucherer.

Aus Dresden wird gemeldet: Im sächsischen Justizministerium wird gegenwärtig der Erlass einer Amnestie für alle wegen Vergehens gegen die Verordnungen und Bestimmungen betr. die Fleischversorgung bestraften oder angeklagten Fleischer, Viehhändler und Gastwirte erwogen, und zwar aus Anlaß der Aufhebung der Fleischwuchererwirtschaft. Es wird beabsichtigt, die gegen Fleischer, Viehhändler und Gastwirte gegenwärtig noch schwebenden Strafverfahren einzustellen, bez. niederzuschlagen, und etwaige bereits erkannte und rechtskräftig gewordene Strafen, soweit sie von den Verurteilten noch nicht verbüßt resp. geklärt worden sind, im Gnadenwege zu erlassen. Es handelt sich bei dem geplanten Gnadenwege um zahlreiche Personen aus dem Fleischer- und Viehhändlergewerbe, gegen die augenblicklich bei den sächsischen Gerichten noch Strafverfahren schweben.

Das muß wie ein Freibrief für alle dergleichen wirken, die das Volk systematisch auspumpen. Nun können die Profitgierigen ihren Wuchererleuten freien Lauf lassen. Das sächsische Justizministerium ist zwar unerbitlich gegen politische Verbrecher, aber für die Verbrecher an der Volksernährung bleibt immer noch ein Loch offen.

Eine Verabreichungsvolle.

Aus Dresden wird, vermutlich aus der Staatskanzlei, gemeldet: Die unabhängige Presse verbreitet vor kurzem eine Warnung, daß die Fettverlängerung Sachens sehr gefährdet sei. Wir erfahren dazu von zuverlässiger Stelle, daß diese Meldung jeder Grundlage entbehrt. Aufständisch werden die Fettlänger zwar stark in Anspruch genommen, aber es sind große Aufkäufe getätigt worden, so daß die Fettverlängerung zunächst durchaus gesichert ist. Eine die eingekauften Mengen aus angeliefert sind, müssen natürlich die vorhandenen Lager angegriffen werden. Doch ist auch bis zu dieser Zeit die Fettverlängerung durchaus sichergestellt. Es liegt überhaupt kein Grund zu irgend welchen Befürchtungen vor, wenn nicht unsere innerpolitische Lage schweren Trübungen ausgesetzt wird.

Veider haben die unabhängigen Zeitungen mit ihren Alarmnachrichten bisher immer Recht, die Bewirtschaftungsrate aber immer Unrecht behalten. Die zuständige Stelle darf sich also nicht wundern, wenn kein Mensch mehr an ihre Versicherungen glaubt, um so weniger, da der letzte Satz ganz deutlich zeigt, welchen Zweck das ganze amtliche Geschwätz haben soll. Man will die berechtigten Empörung der Massen dämpfen. Das wird aber nicht eher möglich sein, als bis die zuständigen Stellen zeigen, daß sie ernstlich gewillt sind, ihre bisherige verkehrte Politik aufzugeben und Massregeln anzuordnen, die der Wirtschaft ein Ende machen.

Ein sonderbarer Kartoffeltransport.

Ueber einen merkwürdigen Vorgang wird aus Chemnitz berichtet:

Am 4. Oktober wurden vom Betriebstat des Bahnhofs Schwarzenberg 20 Ladungen Kartoffeln angehalten. Diese Ladungen waren ausgegeben vom „Rat der Stadt Chemnitz“ (als Absender) in Chemnitz und adressiert an den „Rat der Stadt Chemnitz“ (als Empfänger) nach Station Johannegeorgenstadt. 13 gleiche Ladungen sind bereits vor einigen Tagen nach Johannegeorgenstadt obgegangen und von dort nach der Tschocholowitz weiterbefördert worden. Die Eisenbahner nehmen an, daß die Kartoffeln für tschechische Schnapsbrennereien bestimmt sind.

Auf Anfrage der Redaktion des Kämpfers bei der Kartoffelstelle des Kriegswirtschaftsamtes in Chemnitz wurde mitgeteilt, daß die Kartoffeln tatsächlich für tschechische Grenzorte bestimmt sind und abgegeben wurden, weil es sich um minderwertige Ware handelte und die tschechischen Orte, denen sie geliefert wurden, unter der Kartoffelnot schwer zu leiden hätten.

Dem steht die Angabe der Eisenbahner gegenüber, daß es sich „um ausgediente gute Kartoffeln“ handle und ferner die Deklaration in dem Frachtbrief, in dem die Station Johannegeorgenstadt als Empfangsort, der „Rat der Stadt Chemnitz“ als Empfänger angegeben ist und der den ausdrücklichen Vermerk enthält: „Frische Speisepotatoffeln zur Verwendung im Inlande“. Es ist nicht recht einleuchtend, warum sich die Kartoffelstelle wie irgendein gewöhnlicher Schieber falscher Angaben bedient, nur um einen einwandfreien Kartoffeltransport durchzuführen.

Die Kartoffelstelle wird sich wohl selbst darüber klar sein, daß hierdurch der Eindruck einer nicht lauberen Angelegenheit entstehen muß und daß die Eisenbahner nur allzu berechtigt waren, den Transport anzuhalten.

Prozess gegen die Hülsgardisten.

Der Prozess gegen die Hülsgardisten, die seinerzeit das Brandkommando von Falkenstein bildeten und nicht unter die Amnestie fallen, wird am 11. Oktober vor dem Schwurgericht in Dresden beginnen.

Ein Existenzminimum für Beamte.

Der Besoldungsausschuß der Sächsischen Volkstammer hat beschlossen, das Existenzminimum für verheiratete Beamte auf 3000 Mk. jährlich festzusetzen.

Blauen i. Vogtl. Die Zahl der Arbeitslosen — im vorigen Monat immer noch etwa 10000 — hat neuerdings wieder zugenommen, denn in der Vogtländischen Maschinenfabrik mußten wegen Zurückhaltung des Auslandes in der Erteilung von Aufträgen gegen 300 Mann — zumeist Auswärtige — entlassen werden. Die Firma beschäftigt jetzt noch etwa 500 Arbeiter.

Glauchau. Nachdem bereits Anfang September wegen erheblicher Ausbreitung der Maul- und Klauenseuche über 15 Ortschaften des Bezirks das Tanzverbot verhängt worden war, ist es wegen rapiden Umschlagens der Seuche nunmehr auf weitere 22 Gemeinden ausgedehnt worden.

Oberlungwitz. Großes Aufsehen erregt hier die durch die Staatsanwaltschaft vorgenommene Verhaftung des langjährigen Ortsgerichtlichen Pfarrer v. Dosty. Er soll, um die ihm zur Last gelegten strafbaren Verbrechen abzumitigen, einen Meinelb geleistet haben. Die in dem früheren Verfahren verurteilten Personen wurden auf freien Fuß gesetzt. Von Dosty hatte sein Amt vor kurzem niedergelegt.

Frankenberg. In einer von der Lehrerschaft der Volksschule einberufenen Elternversammlung, die sich mit dem Auf- und Ausbau der Volksschule beschäftigte, wurde die Errichtung eines Kindergartens in enger Anlehnung an die Schule zur Vorbereitung für den Schulbesuch beschlossen. Ueber die Angliederung des von der Lehrerschaft geforderten 9. und 10. Schuljahres konnte zunächst noch keine Entscheidung getroffen werden, da die Vertreter der Arbeiterschaft diese neuen Schuljahre aus wirtschaftlichen Gründen ablehnten.

Borna. Großfeuer auf dem Wilhelmshof. Am Freitagabend kurz nach 7 Uhr war auf dem Wilhelmshof bei Borna die dortige geistliche Trödenheune nebst mehreren Nebengebäuden in Brand geraten, die auch vollständig niederbrannten, obwohl die Bornaer Feuerwehr und mehrere Landspitzen energisch an der Bewältigung des Feuers arbeiteten. Sie konnten jedoch nur das angrenzende Presshaus und andre Gebäude schützen, die infolge der starken Luftströmung schwer gefährdet waren. Der angerichtete Schaden dürfte sehr bedeutend sein. Die Entstehungsurache des Feuers ist nicht bekannt.

Aus der Umgebung Leipzigs.

a. Baalendorf. Aus dem Gemeinderate. Als Wahlvorsteher zur Landtagswahl wird der Gemeindevorstand, als Stellvertreter der Gemeindevorsteherin vorgeschlagen. Es soll Antrag auf verfürzte Wahlzeit gestellt werden. Am Gelegenheits zur Abfuhr von Asche usw. zu schaffen, soll der Firtich zugesetzt werden. Die Zeit des Beginns wird noch bekanntgegeben. Die Gemeindevorsteherin (Ochsenwiese) soll meistbietend auf die nächsten sechs Jahre verpachtet werden. Von der Besteuerung des Mindesteinkommens wird abgesehen. Wegen des Kartoffelpreises sollen Verhandlungen zwischen Erzeugern und Verbrauchern stattfinden. Betreffs der Straßenbeleuchtung beschließt man, in den Wintermonaten acht Lampen zu brennen, und zwar wochentags bis 10 Uhr abends und Sonntags bis 12 Uhr nachts.

Kartoffelpreis. In einer am Sonnabend zwischen Erzeugern und Verbrauchern gepflogenen Verhandlung wurde der Preis für 1 Zentner Kartoffeln für Rinderbemittele auf 20 Mk., im übrigen auf 25 Mk. festgesetzt. Wer als Rinderbemittele anzusehen ist, ist durch den Gemeindevorstand und eine aus dem Kreise der Verbraucher gewählte Person festzustellen.

g. Rötha. Aus dem Stadtgemeinderat. Der Bürgermeister gibt einen Ueberblick über die städtischen Finanzen, die nicht gerade als gut bezeichnet werden können. Die Einnahmen stiegen den Ausgaben gegenüber sehr zurück. Im ersten Halbjahre wurden an Einnahmen nur 45548 Mk. erzielt, während die Ausgaben im gleichen Zeitraum 142945 Mk. betragen. Wenn die gleichen Verhältnisse auf das zweite Halbjahr angewendet werden, so ergibt sich am Jahresabschluss ein Fehlbetrag von 243884 Mk. Wie dieser aufgebracht werden soll, darüber ist sich der Bürgermeister selbst noch nicht klar. Wenn aber die Steuern, welche die Gemeinden erhalten sollen, zugrunde gelegt werden, so ist aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer 258000 Mk. zu erwarten. Die Grunderwerbs-, Umlage-, Grund-, Schank-, Luftbarteils-, Tanz-, Wertzuwachs- und Hundsteuer sollen einen Ertrag von 89300 Mk. bringen. Es würde sich also ein Ueberfluß ergeben. Dieser Ueberfluß ist nur scheinbar, denn bei den obigen Ausgaben ist nur die Stadtkasse in Betracht gezogen, während die Schulkasse noch nicht mit inbegriffen ist. Welche Fehlbeträge sich dort ergeben, steht noch nicht fest. Jedenfalls steht unsre Gemeinde vor einer Finanzkrise schlimmster Art. Neben diesem Fehlbetrag geht aber noch eine schwebende Schuld von rund 500000 Mk. für in diesem Jahre erbaute Straßen. Die gesamte Schuldenlast der Gemeinde beläuft sich auf 1708580 Mk., denen ein Vermögen von nur 983417 Mk. gegenübersteht. Ein Privatmann mit solcher Unterbilanz hätte längst den Bankrott anmelden müssen. Welche Schuld der Krieg an dem Finanzelend trägt, ist daraus zu ersehen, daß seit 1918 nicht weniger als 905000 Mk. Schulden aufgenommen werden mußten, um die Kriegsmassnahmen durchzuführen zu können.

In der Frage der Kartoffellieferung an die Gemeinde haben Verhandlungen mit den hiesigen Landwirten stattgefunden, welche folgendes Ergebnis zeigten: Die Landwirtschaft hat sich verpflichtet, alle in der Stadt geernteten Kartoffeln der Einwohnerschaft zur Verfügung zu stellen, soweit dieselben nicht in eigenen Haushalten veräußert werden. Der Preis soll betragen für 1000 Zentner 20 Mk. und für die andern 25 Mk. Um aber zu verhindern, daß einzelne sich überreichlich eindecken, während die andern nichts bekommen, ist die Kartoffelkarte eingeführt worden, welche auf dem Rathaus entnommen werden kann. Ob nun jeder Einwohner Kartoffeln erhält? — In der Wasserleitungsfrage wird beschlossen, das Gutachten des Ing. Franke nicht weiter zu erörtern, da Verhandlungen mit der Gemeinde Böhlen wegen Anschluß an unser Wasserwerk stattfinden. — Der Entwurf einer Wohnungssteuer ist nochmals zurückgestellt worden, da der Bürgerbund im letzten Augenblick noch Abänderungsvorschläge gebracht hat, welche aber erst in der Kommission besprochen werden sollen. — Von der Sicherstellung eines Mindesteinkommens der Beamten wird abgesehen, da die jetzigen Einkommensverhältnisse das nicht erfordern. — Zur Landtagswahl wird die Stadt in zwei Wahlbezirke eingeteilt. Im Bezirk I ist Stadtrat Grödel und im Bezirk II Bürgermeister Schulze Wahlvorsteher. — Der Antrag der Gemeinde Weiskau, von Zeit zu Zeit Konferenzen der Gemeindevorsteher abzuhalten, wird zugestimmt.

Bewerkschaftsbewegung.

Gemeindearbeiterstreik in Sachsen.

Der angekündigte Streik der Gemeindearbeiter Sachsens ist heute früh ausgebrochen. In den Ausstand getreten sind zunächst die Arbeiter der Gas- und der Elektrizitätswerke, und zwar in Leipzig, Dresden und Chemnitz. Morgen werden die gleichen Werke in Plauen und in Zwickau stillgelegt sein.

In Leipzig ist ein eiserner Teil des Schloßes lehrs eingestürzt. Es fahren nur noch einige Linien, die von dem eigenen Kraftwerk der sächsischen Straßenbahn versorgt werden.

Die Landeskonferenz der Gemeindearbeiter, die gestern tagte, hat beschlossen, daß die Bewegung über ganz Sachsen übergreifen soll, um für alle Arbeiter die Forderung durchzusetzen.

Chemnitz, 9. Oktober. Die sächsische Arbeiterschaft von Chemnitz ist heute abend wegen Lohnstreikigkeiten in den Streik getreten. Infolgedessen wurden das sächsische Elektrizitätswerk und das sächsische Gaswerk abends stillgelegt. Die Stadt liegt im Dunkeln.

Verband der Hotels, Restaurants und Café-Angeklekten.

Unter diesem Namen wurde am 21. September in Magdeburg die Einheitsorganisation der gastwirtschaftlichen Angestellten gegründet oder richtiger, es wurde der Grundstein zur Einheitsorganisation gelegt, denn vertreten waren nur je zehn bevollmächtigte Delegierte des Verbandes der Gastwirtschaftlichen und des Bundes der Hotels, Restaurants und Café-Angeklekten, sowie fünf Delegierte des Verbandes der Kasse. Es wurde ein geschäftsführender Ausschuß (provisorische Hauptverwaltung) gewählt. Der Ausschuß beruft nunmehr den ersten Verbandstag des Verbandes der Hotels, Restaurants und Café-Angeklekten zum 21. und 22. Oktober nach Erfurt ein und erläßt eine gleichartige Bekanntmachung in den zur Zeit noch bestehenden drei Verbandsorganen der vorgenannten drei Verbände.

Zu den Tarifdifferenzen im Transportgewerbe

hat das sächsische Arbeitsministerium den Dresdner Schlichtungsausschuß beauftragt, Vermittlungsverhandlungen anzubahnen und eventuell einen Schiedspruch zu fällen. Die Verhandlungen fanden am 25. September vor der Zivilkammer 4 in Dresden statt. Hier mußten die Unternehmer zugeben, daß es nicht angängig ist, das enge Industriegebiet Sachsen in fünf Lohnklassen einzuteilen. Es kam eine Einigung dahin zustande, daß in Zukunft alle Orte in vier Lohnklassen unterzubringen sind. Die Einregelung der Orte in diese Klassen soll eine Kommission von je 3 Arbeitern und Unternehmern vornehmen. Ueber die Lohnhöhe mußte ein Schiedspruch gefällt werden, da die Unternehmer jede angemessene Lohnherhöhung ablehnten. Er lautet:

Unter Zugrundelegung der erzielten Vereinbarungen zwischen den Parteien, daß das Vertragsgebiet — an Stelle der bisherigen 5 Ortsklassen — nur in 4 Ortsklassen eingeteilt wird, werden ab 1. Oktober bis 31. Dezember 1920 die Löhne wie folgt festgelegt: Für Geschäftsführer: Ortsklasse A 295 Mk., Ortsklasse B 220 Mk., Ortsklasse C 200 Mk., Ortsklasse D 180 Mk. Der Lohn für Arbeiter beträgt in allen Ortsklassen 10 Mk. weniger. In Leipzig sind die Löhne für Arbeiter und Geschäftsführer gleich und in Dresden für Arbeiter 3 Mk. niedriger. Die Entlohnung für Überstunden und Sonntagsarbeit wird entsprechend der Lohnherhöhung festgelegt. Die übrigen Punkte des Vertrages vom 30. März 1920 bleiben weiter in Geltung.

Der Vorstand des Landesverbandes der Unternehmersonganisation hat den Schiedspruch abgelehnt und damit kundgetan, daß ihm an dem Friedensstande im Spektations- und Transportgewerbe nichts gelegen ist. Die Lohnsätze im Schiedspruch bedeuten kaum das Existenzminimum, und daß die Unternehmer diese Sätze zahlen können, wird dadurch bewiesen, daß fast in allen Orten, in denen die Organisation der Unternehmer keinen Einfluß hat, die Löhne der Transportarbeiter schon seit Juli d. J. um 40—50 Mk. höher sind, als die Unternehmer des Landesverbandes gewähren. Ein Teil der einflussreichen Unternehmer gibt unumwunden zu, daß die Lohnsätze im Tarifvertrage viel zu niedrig sind, sie dürften aber nicht mehr zahlen, da ihnen der Vorstand des Landesverbandes dieses verweigert.

Der Aktundentag und die Rechtsprechung.

Eine wichtige Entscheidung von grundsätzlicher Bedeutung hat das Oberlandesgericht Dresden gefällt. Der Buchhändler Schippe in Auerbach beschäftigte im Herbst 1919 in seinem Geschäft einen Handlungsgehilfen, ein Lehrmädchen und zwei Lehrlinge. Die Arbeitszeit betrug acht Stunden, gleichwohl wurden die Lehrlinge darüber hinaus bis gegen 1/8 Uhr abends mit der Fertigmachung der Post beschäftigt. Auch das Lehrmädchen mußte oft länger arbeiten, angeblich deshalb, weil es früh und mittags zu spät ins Geschäft kam. Die Lehrlinge mußten an den meisten Vormittagen mehrere Stunden die Handelseule besuchen und die hierdurch dem Prinzipal verlorengehende Zeit durch Längerarbeiten des Abends einholen. Der Handlungsgehilfe endlich war abends auch länger im Geschäft tätig, doch wird behauptet, im eigenen Interesse, indem er sich durch Lesen von Büchern und Studieren von Katalogen weitergebildet habe. Wegen seiner geschlossenen Hand habe er die Bücher nicht nach Hause tragen können, auch sei es dort fast gewesen. Nur ganz selten soll er geschäftliche Arbeiten erledigt haben. Der Prinzipal will davon nichts gewußt haben, wenn er es bemerkt hat, will er den jungen Mann nach Hause geschickt haben, doch hätte dieser gebeten, dabeiblen zu dürfen.

Schiffengericht wie Berufungsinstanz haben den Buchhändler von der Anklage der Zuwiderhandlung gegen die Verordnung über die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten freigesprochen. Als Arbeitszeit käme nur die wirklich im Geschäft verbrachte Zeit in Betracht, so daß die Gehalt nach dem Geschäft und der Schulbesuch nicht anzurechnen werden dürften. Eine Bestrafung des Angeklagten könne aber nur erfolgen, wenn mit seinem Wissen oder infolge fahrlässiger Unkenntnis die Angestellten länger als acht Stunden im Geschäft tätig sind.

Auf die Revision der Staatsanwaltschaft hat das Oberlandesgericht Dresden das angefochtene Urteil aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an den Vorderrichter zurückverwiesen. Wie die Verordnung ohne weiteres erkennen lasse, sei Anfang und Ende der achtstündigen Arbeitszeit im einzelnen im Wege der Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer festzusetzen und in einem Plane aufzunehmen, der dann aber auch genau einzuhalten ist. Zuwiderhandlungen dagegen können nicht bloß vorläufig, sondern auch fahrlässig beanagt werden. Eine Ausnahme b'ide es wenn der Anstellte früh zu spät mit seiner Pünktlichkeit beginnt. Gleichwohl dürfte er deswegen über die im Plane festgesetzte Arbeitszeit hinaus nicht beschäftigt werden. Dasselbe gelte vom Schulbesuch der Lehrlinge.

Um den Aktundentag in Belgien.

Wie Beupke mitteilt, hat das nationale Komitee der belgischer Gewerkschaften sich am Donnerstag mit der Frage des Aktundentages befaßt und Stellung genommen zu dem Standpunkt, den die Senatskommission in dieser Frage einnimmt. In einer Resolution verlangt das Komitee der Gewerkschaften die bedingungslose Annahme des Aktundentages, widrigenfalls zum allgemeinen Ausstand geschritten werde.

Briefkasten der Redaktion.

2. W. 100. 1. Zuerst kommt ein Sühneverfahren vor den Amtsgericht. Dazu brauchen Sie keinen Anwalt. Ist das Verfahren erfolglos, so wird der Ehecheidungsprozess vor dem Landgericht geführt, und hier müssen Sie sich von einem Rechtsanwalt vertreten lassen. 2. Stellen Sie den Antrag auf Gewährung des Armenrechts. 3. Rechtsanwälte empfehlen wir nicht. 4. Dagegen nicht vorausgesetzt werden. Als Regel gilt, daß jeder sein Teil Vermögen zurückerhält.

2. S. 80. 1. Ja! Doch nur zur Erwerbung von Grundbesitz zur Ansiedlung. 2. Versorgungsabteilung des Bezirkskommandos. 3. Ihre Militärpapiere, 1 Mk. Parteistafel.

Zürlinger und seine Zucht.

Von Konrad Voelt.

Zeichnungen von Hans Albert Förster.

10.

Die Züchtlinge bekamen den Nahrungszusatz alle zwei Wochen, wie Zürlinger es angegeben hatte. Nach dem ersten Eßlöffel geschah nichts Besonderes, nach dem zweiten schienen die Züchtlinge merklich erfrischt, nach dem dritten kam es ihren Aufsehern vor, als wären sie ansehnlicher als früher geworden.

„Zürlinger war doch ein genialer Kopf!“ sprachen die Chemiker zu einander. „Er war zu genial! Seid vorsichtig, man kann nicht dumm genug sein.“

Die Wertherrn beglückwünschten sich zu diesen Erbettern. Die Arbeitsleistungen der Züchtlinge wurden immer größer. Die Zuchtwerke überboten sich gegenseitig in der Herstellung dieses Massenartikels. Im März waren bereits mehr als 10000 von den Kunstgeschöpfen in Betrieb.

Über nun geschahen hier und da merkwürdige Dinge.

Man hatte die Züchtlinge streng nach den Grundrissen des Dressurleiters Zumbrecht zuerst nur unter Dach und unter Tag beschäftigt. Da aber bis jetzt noch niemals die befürchtete Verwilderung eingetreten war, und da sich die Züchtlinge auch gegen Witterungseinflüsse widerstandsfähig zeigten, nahm man allmählich nur noch geringe Rücklicht auf diese Anordnung und ließ sie arbeiten, wo es eben grobe und feine Verstand erfordernde Arbeit gab.

Nun war ein Pärchen gerade von den fünfzig, die Zürlinger an seinem letzten Amtstage unbestraft gelassen hatte, auf dem Verladeplatz einer Zementfabrik beschäftigt. Die Beiden legten tagein tagaus Sand auf Sand und schoben die beladenen Wagen, wozu man früher einen Ochsen gebraucht hatte, zum Bahnanschluß. Das geschah mit der Regelmäßigkeit eines unermüdbaren Uhrwerks, und der Aufseher hatte niemals Grund zur Klage.

Ujag und Diana, so nannte man sie, wußten nichts von der Außenwelt, die vor ihnen lag; sie kannten nur die Tätigkeit, auf die sie dressiert waren. Alle zwei Wochen bekamen sie ihren Eßlöffel von Zürlingers Nahrungszusatz, und jedesmal wurden ihre Augen etwas heller.

An dem Wege zu ihrer Arbeitsstätte stand eine Reihe junger Kastanienbäume. Sie waren fast wie Steden, solange es Winter war, aber nun fingen ihre Knospen an zu schwellen, glänzten in der Sonne, brachen auf und die jungen Triebe drängten sich heraus. Das war etwas Neues für Ujag und Diana.

Die zwei Züchtlinge waren noch nicht soweit entblüdet, daß sie sich hätten wundern können, aber es fiel ihnen auf, daß hier etwas vor sich ging, was weder Sand, Wagen oder Mensch war. Sie deuteten mit den Fingern nach den Bäumchen, brumnten sonderbar, und eines Morgens stürzte sich Ujag auf das frische Laubwerk, bis die Schößlinge ab, zernitterte ganze Aeste, und Diana sprang mit lautem Gewieher um ihn her und schmückte den Ausschritt ihres Wollkittels mit einem dicken Büschel grüner Blätter.

Eine tüchtige Lektion mit der Peitsche vertrieb ihnen diesen unerwünschten Mutwillen, sie gingen willig wie stets an ihre Arbeit, aber auf ihren sonst völlig empfindungslosen, gleichsam gefrorenen Gesichtern lag ein Ausdruck der Trauer.

Es vergingen ein paar Tage; da stand Ujag einmal, als es auf den Abend zuing, wie gewöhnlich auf dem Wagen und schichtete die schweren Säcke, die ihm Diana zur Seite brachte. Er war jedesmal schneller fertig als seine Gefährtin und schaute in der Zeit, die ihm blieb, gleichmütig über Land. Seine Augen wurden immer größer, es leuchtete etwas in ihm wie eine Seele, und er sah anders als sonst. Er sah vor sich eine weite grüne Fläche, dann eine Linie weißblühender Bäume und weit hinten die violette Wand sanfter Hügel. Und darüber lag, scharf von den Hügel begrenzt, ein gelber, von schmalen Wolkenbändern durchschnittener Horizont, dessen Bedeutung Ujag nicht ermaß. Aber sein Blick wanderte zurück und kehrte sich aufwärts zum Himmel über ihm, und gerade über ihm stand die Höhe eines gewaltigen dunklen Wolkentores.

Da funkelten die letzten Sonnenstrahlen, die Wolkenbänder am weiß gewordenen Horizont gerieten ins Glühen und brannten wie lange Feuer. Der Wind trieb große, roßige Felsen am Himmel hin.

Ujag stand auf dem Wagen und schwoh wie die von ihm zerbißenen Knospen, er dehnte sich, es trieb und drängte in ihm, und der schwarze, blöde Vorhang in seinem Kopfe zerriß. Er hob die Arme und schrie wie ein Hirsch.

„Ho! Ho!“ und immer wieder: „Ho!“

Diana hörte ihn rufen und sah ihn mitten im Brande der Abendröte stehen. Ihr Herz wurde schwer von einem unverstandenen Gefühl, sie laut auf die Knie und weinte laut.

Der Aufseher kam herbeigelaufen.

„Zum Donnerwetter, was ist denn das für eine Schweinerei?“ Diesmal war die Strafe fürchterlich. Er zerschlug seine Peitsche auf ihnen und führte sie, da es Feierabend war, in den für die Züchtlinge bestimmten Raum.

Dort saß bereits ein Duzend dieser Sklaven, Brei essend; aber es ging lauter als gewöhnlich zu, auch bei ihnen fing das Gegenmittel zu wirken an.

Ujag hielt sich mit Diana fern vom Hausen und verweigerte die Nahrung. Dem Aufseher schien das bemerkenswert und er machte dem Wertherrn Meldung.

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Neues Theater (Aubine). Fast alle ersten Kräfte blieben unbeschäftigt, so daß man auf den Gedanken kommen konnte, das Personal der Oper dürfte ganz gut zwei leichtere Opern gleichzeitig herausbringen. Allerdings hatten zwei Gäste, Klinghammer als Rikhsborn und Friz Weber aus Dessau als Weiz; beide mit Geschma, Routine und ausreichenden Mitteln. Hedwig Borchers als Aubine hatte sehr gute Momente, aber trotz erfreulicher

Stimmhaltung liegt ihr Nach wohl auf andern Gebiet. Ähnliches gilt von Alfred Böigt als Hugo. Sympathisch berührt auf jeden Fall die sorgfältige Bemühung solcher Kräfte um ihre Partien. Auch Paula Engerts Verhaltens bemüht sich strebend, aber es ist noch mehr ein Sichbemühen. Hervorzuheben Tobias und besonders Salkmanns Vater sind gute Stützen. Lehners Kellermeister endlich beweist auch Stärke dieses wackeligen Sängers zu direkter Komik, eine seltene Sache. R. F.

Vortragsabend Franz Richter. Ein junger Mensch, dem es nicht ganz so leicht wird, sich mit den Problemen des Lebens abzufinden, wie den meisten Zeitgenossen, flüchtet sich in die Dichtung. Was er nicht für sich allein bewältigen kann, von dem befreit er sich, indem er es hinausjagt in die Ohren der Welt, will sagen, seines Publikums. Aus allen diesen Ausschreitungen und Anstößen an unsere Zeit und an die Menschheit aller Zeiten spricht ein tiefes Ringen und Erleben, das unser Mißfallen mit dem Menschen Franz Richter unbedingt erregt. Aber ist das schon Dichtung? Noch ist das Chaos nicht überwunden, und seine Sprache bleibt ein Stammeln. Viel Erschütterndes trat hervor: ein zusammenhangender Satz gegen den Krieg mit seiner Verleugung des Menschen, gegen unsere Gesellschaft mit ihren bürgerlich-spekierischen Begriffen von den Dingen des Geschlechts und gegen die Weichlichkeit, mit der sie die Frage von Schuld und Sühne überflüssig da sie vor ihrer Lösung zurückweicht. Aber es blieb bei diesem Satz die Lösung bringt Richter nicht. Aber er verspricht schon vieles. Man wird abwarten müssen, ob er nicht doch noch einst zu denen gehören wird, die die Formel für das, was uns nützt, finden. — Die Rezitation eines Teils der Werke hatte Hans Steudel übernommen, dessen jugendliche Auffassung das Ungelährte noch unterstrich. Auch ihm kann aber eine Zukunft beschieden sein. Pz.

Marcell Salzer. Dieses kleine Schauspielergenie am Vortragsabend hat nur einen Fehler: sein Publikum. Nämlich sein durch dieses Publikum bedingtes Programm. Nicht als ob es ein schlechtes Programm wäre, bewahre, es ist sogar literarisch, und Salzer ist unter allen Vortragskünstlern auch durch sein Programm der vornehmste. Und doch ist sein Programm, so „vielseltig“ er es auch zu gestalten sucht, im Grunde immer einseitig. Es ist das Programm des harmlosen Scherzes, gleich weit entfernt vom Echos des Satirellers, wie von der Tragik des tiefsten Humors. Wie könnte es anders sein! Der echte Humor hat in Deutschland, trotz dem einjüngigen Jean Paul, noch keinen großen Künstler gefunden, jener Humor, von dem Schopenhauer sagt: „Das Wort Humor ist von den Engländern entlehnt, um eine, bei ihnen zuerst bemerkte, ganz eigentümliche, sogar... dem Erhabenen verwandte Art des Lächerlichen auszuzeichnen und zu bezeichnen, nicht aber um jeden Spasch und jede Hanswurstade damit zu bezeichnen, wie jetzt in Deutschland allgemein, ohne Opposition, geschieht...“

...weil der wahre Begriff jener Art, jener Geisteshaltung, jenes Kindes des Lächerlichen und Erhabenen, zu subtil und zu hoch sein würde...“ Das Erhabene nun liegt darin, daß einer über sein eigenes Unglück zu lächeln, also sich darüber zu erheben vermag; eine Fähigkeit, die viel Selbstbeherrschung, Selbstlosigkeit und Selbstkritik voraussetzt. Das aber sind Eigenschaften, in denen besonders die englische Bürgerklasse des 18. Jahrhunderts und achtzehnten Jahrhunderts eine gewisse Schule durchzumachen hatte, und die nach Beendigung dieser Kämpfe im 10. Jahrhundert als literarischer Humor, am schönsten und freilich auch in aller beinahe kompromittierender Zweideutigkeit selbst des erhabenen Humors, bei Dickens ihren Niederschlag fanden. Durch die völlig anders geartete mischthafte Struktur und politische Entwicklung nahm in Deutschland auch die Literatur eine andre Richtung an, sie wurde vor allem ein Damm gegen die Politik, sie wurde unrealistisch und schon deshalb dem Humor in allen seinen Arten entfremdet, besonders natürlich auch der Satire. Satire will das bürgerliche Publikum auch heute nicht hören, schon weil es ein viel zu buntes Gemisch von allerlei Weltanschauungen und Interessen ist, als daß nicht scharfe Satire gegen irgend etwas immer bei einem Teile Anstoß erregen müßte. Satire, als Ausdruck einer ethischen Weltanschauung, steht immer eine gewisse Parteilichkeit voraus, und da unser Bürgertum zum Glück noch viel zerklüfteter ist als das Proletariat, kann eine geschlossene oberdeutsche Front einzuweisen auch in der Ideologie noch nicht zustandekommen. Auch ist die Satire notwendigerweise mehr die Waffe der Unterdrückten als der Herrschenden, und so hat sie besonders den aufsteigenden Klassen immer als Kampfmittel gedient. Nur liegt es im Wesen der Satire, daß sie ein Leben zwischen den Zeilen erfordert, und da hatte es etwa das Bürgertum auf Grund einer gewissen literarischen Bildung leichter mit dem Verständnis als das Proletariat. Noch kommt hinzu, daß im Proletariat allzu lange ein übermäßiger Respekt vor der formalen Bildung der Bourgeoisie und ihren Produkten geherrscht hat, so daß ja noch heute die „Gefühle“ der bürgerlichen Welt allzu oft unbedenkenlich angenommen werden. Als auf dem Gothaer Parteitag 1896 über einen realistischen Roman geschrieben wurde, den Steiger in der „Neuen Welt“ gedruckt hatte, hieß Schönland den Varietepfeifer vor, sie verlangten sozialdemokratische Maritimitäten, das arbeitende Volk aber verlange Wahrheit und nichts als Wahrheit; das Hohelied von der Kunst, das sie anstimmten, sei eben nichts anderes als das Hohelied von der ewigen Wahrheit der bürgerlichen Gesellschaft. Es ist heute interessant und bedeutsam zu wissen, daß zu jenen Spielern, denen übrigens auch Bebel entgegentrat, lauter spätere Umstürmer gehörten. Wie sie im Romane nun die Maritimität oder die noch viel verlogeneren Courtisane-Mähler ließen, so suchen die Spieler statt der Satire — vom erhabenen Humor ganz zu schweigen — das bloße Amüsement. Vollebens gilt ihnen jene Satire, die derb zupakt, und derb zupacken muß, um das Tolle der gezeichneten Zustände erst recht lebendig zu machen, als Gemeinheit, ja als Schweinerei. Das erinnert an die Heuchelei, mit der die bürgerliche Gesellschaft etwa über die Prostitution hinwegzusehen versucht. Auch gehören zu den Spielern ja die berühmten Mäder, die von ihren eigenen Sünden nicht gerne hören möchten. Dagegen ist Wilhelm Buschs harmlos-kleinbürgerlicher Humor mit seiner Moral des sogenannten gesunden Menschenverstandes natürlich allbekannt. Der tut keinem wehe, heißt daher „befreiend“ Humor, und so gilt Busch unglücklicherweise als das Urbild eines Humorsisten. (Siehe aber Schopenhauer.) Uebrigens hat sich ja Busch auch literarisch als kleinbürgerlicher Reaktionsär betätigt, und da wurde er ein so altfugiger Kommunistenfresser wie nur irgendein verkappter Eigentümspießer, der heutzutage die Gelegenheit wahrnimmt, seinen billigen „Sozialismus“ gegen den neherkathen Kommunismus auszuspielen.

Ja, nun ist also auch von dem in seiner Art prächtigen Salzer — dessen Satz, bildlich zu reden, nun einmal etwas dumm sein muß — nicht viel übriggeblieben. Das ist aber ebenso unvermeidlich wie der Kampf gegen eine gewisse bürgerliche Kunst und wie die Aufklärung über sie im allgemeinen. Ein Kampf, den ja i. B. in der alten Partei gerade die Leute ablehnten, bei denen sich nachher gezeigt hat, daß es ihnen überhaupt nicht auf den Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft ankam, sondern auf den Kampf um die Krippen und Ministerposten dieser bürgerlichen Gesellschaft. Nicht befechtigen wollten sie diese Gesellschaft, sondern in sie hinein, in ihr emporkommen, womöglich bis zur sogenannten guten Gesellschaft. Es ist jene Sorte von Dantonisten, über die es bei Büchner heißt, daß sie sonst in Dachstuben lebten und jetzt in Karossen fuhren, daß sie mit den Latzern und dem Luxus der ehemaligen Fürstinnen Parade machen usw.

Am stärksten wirkt Salzer, wo er im Dialog mehrere Sprecher zu charakterisieren hat. Es läme nur darauf an, hierfür

auch stärkste Dialoge und Episoden auszuwählen. Das geht bei keinem Publikum nicht. Und für die Arbeiterschaft ist er zu teuer. Kostet beinahe soviel wie das ganze Gewandhausorchester. R. F.

Schauspielhaus (Wunburn). Dieses Stück Oscar Wildes ist wie eine (sehr angebrachte) Verknüpfung seiner eigenen andern Stücke — und zugleich der Stücke anderer. Zwei Gesellschaften, Innen und ihre verächtlich wühigen Gegenstände, beide sonst auch von Wilde lächerlich ernst genannt, werden hier in allem Ernst lächerlich gemacht. Wie Paris in die Handlung dieses Schwantes hineingepflegt, so hat es auch seine Stellung beinhalten, indem es dem Autor erst den richtigen Maßstab, den zutreffenden Stil gab für die Schilderung zeitgenössischer Verbrechen in der guten Gesellschaft wie in der schlechten Literatur. Die Satire auf die höhere Romanportalliteratur englischer Prägung kann in Deutschland kaum verstanden werden; die Satire auf die gute Gesellschaft nur dann, wenn das Groteske bei allen Figuren genügend herauskommt. Unter Wildenhains Regie erscheinen nur drei groteske Figuren: Mutter, Gouvernante und Pfarrer. Die übrigen, nämlich die Brüder und die jungen Mädchen, mit samt ihren Schlagschmerzgeiten, wirken meist allzu überlegen. Dadurch wird der sonst fühlige Schwant jenen bloß gestreuselnden andern Stücken Wildes ähnlich, ja wird fast lässlich und banal. Die Begebenheit, daß jemand als Baby verloren ging und als junger Mann zur rechten Zeit rekonozitiert wird, darf natürlich ebenso wenig ernst genommen werden wie der Grundhaft zweier jungen Mädchen, nur einen Mann namens Ernst heiraten zu wollen, oder wie der Trieb zweier jungen Männer, auswärtige Verwandtschaft zu erfinden, um der ortsansässigen zeitweilig entsetzlichen zu können, oder wie einer der übrigen Trübs. Wie gesagt, hier hätte mehr groteske Stilleuerung not getan. Darin waren Sielias Davids Gouvernante und Wildenhains Pfarrer erschütternd, stellenweise auch Nina Carlens als Mutter, obwohl sie im ganzen als komische Akte — Gottgedank — verfiel. Kläre Garten und Nora Niksch aber waren allzu niedliche Lustspielbuddische, wie Stadel und Steiner allzu nette junge Männer. Zugegeben, daß Wilde selber dazu verfiel, indem er auch hier nicht genügend über seinen Figuren steht; aber die Aufführung identifiziert den Autor denn doch gar zu sehr mit diesen Figuren. Gewiß will Wilde seine Leute auch hier noch mit lustigen Aphorismen plänseln lassen, aber zugleich — lächerlich — macht er sich auch über dieses Gängen mit Aphorismen lustig. Das fehlte hier.

Steinachs Verjüngungskuren. Nach dem Bericht der Volkszeitung über einen Vortrag von Magnus Firschele im Zentraltheater über obiges Thema sind die Zuhörer nicht zufrieden gewesen, da der Redner über Steinachs Entdeckung selbst zu wenig gesagt hatte. Ich kann das Gegenteil berichten über einen Vortrag mit demselben Thema, den ich dieser Tage Gelegenheit hatte im Löwenpark in Södterik mit anzuhören. Der Redner, Synodus M. Müller, erläuterte vor allem diejenigen Fragen, die für die Laienwelt das größte Interesse haben, in klarer, gemeinverständlich Weise. Man erfuhr, was man unter Verjüngungskuren zu verstehen hat, und die von Steinach geübten Verjüngungskuren wurden klar und deutlich geschildert. Die bei der Operation verwendeten Röntgenstrahlen hätten wohl die Eigenschaft, die Fortpflanzungsfähigkeit zu zerstören, die andern Eigenschaften aber zu beleben und den Menschen dadurch zu verjüngen. Obwohl der Wiener Professor selbst in großer Not war und das Institut, an dem er wirkt, mit Geldschwierigkeiten kämpfte, wollte er seine Entdeckung noch nicht der Öffentlichkeit übergeben, da die Erfolge an Menschen (8 Personen) gegenüber den Mäuserfolgen noch zu gering waren. Einer seiner Assistenten hätte es ohne sein Wissen verraten. Ritz 8000 Kuranträge (von Kriegsgewinnlern?) hätte Prof. Steinach schon von Berlin aus erhalten. Gleich wie zahlreiche Fachwissenschaftler nahm auch der Referent hinsichtlich der Erfolge eine sehr vorsichtige Stellung ein und betonte, daß lebensverlängernde Mittel vor allem gegeben seien in einer vernünftigen Lebensweise und in einer gesundheitsvollen Ernährung und Pflege des Körpers; auch Unterernährung dürfe nicht stattfinden. Freude am Leben, horborgerufen durch eifrige geistige und körperliche Betätigung, also durch Arbeit, sei ebenso wie der Wille zum Leben der beste Lebensverlängerer. Die eigene Energie sei für das vorliegende Problem höher zu bewerten als irgendwelche körperlichen Eingriffe, um so mehr als die bisher vorliegenden Erfolge ein zu spärliches Beweismaterial darstellten. O. M.

Einem Wohltätigkeitsabend zum Besten ihrer noch gefangenen Lebensbrüder im Spezialdepot Volzgen in Frankreich veranstaltete am 13. Oktober, abends 7 Uhr, im großen Festsaal des Zentraltheaters, Eingang Gottschalkstraße, die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener, Ortsgruppe Leipzig. Mitwirkende sind: Karl Klinger, Mitglied des Schauspielhauses, und Willi Runzmann, Opernsänger. Eintrittspreise zu 3.80 und 2.40 Mk. sind in den Vorverkaufsstellen Kaufhaus Altköppf (Theaterkass.), C. M. Remm, Neumarkt 25, und Zigarenhandlung H. Tuma, Grimmaische Straße 25, zu haben.

Galerie Del Bechis. Am Sonntag wurde die große Ausstellung Kopien alter Meister eröffnet. In ihr befinden sich Werke nach: Rembrandt, van Dyk, Rubens, Botticelli, Titian, Hals, Fragonard, Velasquez, Watteau, Boucher, Breaughel usw. — Die moderne Abteilung enthält Werke von: Max Gaisler, A. J. Franke, Ludw. Skramitz, Ed. Schleich sen., W. Fricke, Ed. Grünher, Friedr. Preller, Franz v. Stud, Ed. Henner, D. v. Kameke. — In der graphischen Abteilung ist zur Zeit der vollständige Graphiken-Zyklus Zeit von Max Klinger (48 Originalabdrücken) in Mappe zur Verfügung ausgelegt; dieser Zyklus ist bereits vollständig vergriffen.

Sullivan und Mahler. Ein Dresdener Leser schreibt uns: „Es drängt mich, Sie auf ein bedeutsames Zeichen unserer Zeit aufmerksam zu machen. Es zeigt die Kräfteverschlebung in unserer Gesellschaft, das Streben der arbeitenden Klassen gegenüber dem seitlichen Unterhaltungsbedürfnis der bürgerlichen Gesellschaft. Zu dieser gehören doch wohl ausschließlich die Mitglieder des Männergesangsvereins Orpheus in Dresden, die seinerzeit zu ihrem 25jährigen Jubiläum das Opernhaus mieteten und nur mit einem recht dürftigen Programm den Abend ausfüllen konnten. Dieser nämlich „Orpheus“ nun hat vorbereitet in mühevoller Arbeit und mit großem Zeitaufwand seiner Mitglieder: Sullivans Operette Der Mikadō. In allen Anschaffungen, in den großen Dresdener Geschäften hängt das Plakat, das das „Ereignis“ in der ungenüßlichen bürgerlichen Gesellschaft ankündigt. Damit kann die Arbeiterschaft Dresden zum 25jährigen Bestehen ihres Kunststudiums, der Volks-Sing-Akademie, aufwarten? Die Dresdener Plakatschäufen zeigen neben genanntem großen Plakat das größere der Volks-Sing-Akademie Dresdens, das zum Besuch der vier Aufführungen von Gustav Mahlers Achter Sinfonie auffordert! Welch ein klärendes Gegenstück! Wer will noch an die Berechtigung der Bildungspächter glauben, das Volk zu regieren?“

Deutsche Wissenschaft in England. Als erstes deutsches Werk nicht aktuellen Charakters nach dem Krieg ist Joeben im Verlag von George Allen u. Unwin, London, eine englische Ausgabe des Werkes Die Wäsen der Kultur von F. Müller-Landau (deutsch bei Albert Langen in München) unter dem Titel The History of Social Development erschienen.

... Am stärksten wirkt Salzer, wo er im Dialog mehrere Sprecher zu charakterisieren hat. Es läme nur darauf an, hierfür

